

Metall-Arbeiter-Zeitung.

Organ für die Interessen der Metallarbeiter.

Publikations-Organ des deutschen Metallarbeiter-Verbandes, der Allgem. Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter (G. A. Nr. 29, Hamburg) und der freien Vereine der Metallarbeiter Deutschlands.

Erscheint wöchentlich einmal Samstags. Abonnementspreis bei der Post 80 M., in Partien direkt durch die Expedition halber. Einzel-Abonnement nur bei der Post.

Dürnberg, 18. April 1896.

Inserats die viergespaltene Zeitspalte oder deren Raum 20 M. Redaktion und Expedition: Nürnberg, Reichenstraße Nr. 12.

Inhalt: **Allerlei Sozialpolitisches.** — Die Geschäftslage der deutschen Metall- und Maschinenindustrie. — Zum Fortbestand der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands. — Christliche oder wirtschaftliche Gewerkschaften? Statist. der evangelischen Arbeitervereine Deutschlands. — Deutscher Metallarbeiter-Verband: Bekanntmachung des Vorstandes. — Korrespondenzen. — Allgemeine Kranken- u. Sterbe-Kasse der Metallarbeiter: Korrespondenzen. — Gerichtszeltung. — Vermischt. — Literarisches.

Zur Beachtung.

Zugung ist fernzuhalten: Von Fellenhauern (auch Maschinenh.) nach Berlin (Mägdefrau), nach **Hermisdorf** (Berger); von Schleifern nach **Braunschweig** (Nähmaschinenfabrik Grimme & Matalls); Metallbrücker nach **Fürth** i. Bay.; Drehern, Kupferschmiedern, Metallgießern u. Schlossern nach **Rottweil** (Reiter); von Klempnern, Schnittarbeitern, Schleifern, Drehern u. Drückern nach **Berlin**; Schlossern nach **Hanneln** (Schiffsbauwerkstätten Erbstein und Richardt); Metallgießern nach **Berlin** (Berliner Messingwerke); Silber- und Aluminiumschlägern nach **Fürth** und **Schwabach**; Siebmachern nach **München**; Formern nach **Freising** (Steineder); Zinngießern nach **Nürnberg**; Metallarbeitern a. Dr. nach **Waggenau** (Industriewerk Bergmann); Nähmaschinen- und Fahrradbranche nach **Bielefeld** (Dürkopff & Co.).

Allerlei Sozialpolitisches.

Eine mächtige Bewegung unter den Arbeitern geht in diesem Frühjahr durch die Lande. Nicht nur in Deutschland, sondern allenthalben, wo es moderne Lohnsklaven gibt, gibt sich das Bestreben zu erkennen, die verhältnismäßig günstige Geschäftskonjunktur dieses Jahres auszunützen, um auch für die „alle Werthe erzeugenden Hände“ aus dem „Geschäftsgewinn“ etwas herauszuschlagen. Kaum eine Stadt, kaum ein Städtchen, wo nicht von der einen oder anderen Branche gestreikt oder doch in eine Bewegung eingetreten wird.

Wir sind im Allgemeinen, wie bekannt, keine Freunde der Krankheit, die man als Streikfieber zu bezeichnen pflegt und haben zu allen Zeiten vor leichtsinnigen Arbeitseinstellungen gewarnt, welche erfahrungsgemäß nicht nur dem einzelnen Arbeiter, sondern insbesondere den mit schweren Mühen und Opfern errichteten Organisationen großen Schaden zu thun geeignet sind. Aber jedes Ding hat seine zwei Seiten, so auch die Lohnbewegungen und was damit zusammenhängt. Schon des öfteren haben wir betont, daß es unter der Herrschaft des kapitalistischen Systems kaum mehr zu einer größeren, andauernden Periode der Prosperität komme, sondern daß wohl „fortgewurfelt“ werde, bis durch eine Reihe von Einzelzusammenbrüchen der allgemeine Krach herbeigeführt wird und der Kapitalismus am Ende seines Daseins ist, in welchem Zustand seine Träger

fröhlich sein werden, wenn der Sozialismus als Retter erscheint und aus den verkrachten Trümmern der alten Gesellschaft eine neue Produktionsordnung aufbaut.

Aber in der Zeit, die bis dahin noch zu durchlaufen ist, treten von Zeit zu Zeit, allerdings in immer größer werdenden Zwischenräumen Prosperitätsperioden von kürzerer Dauer ein, welche von dem Unternehmertum zu raschem, hastigen Zusammenraffen benützt werden, damit die einzelnen der Herren sich rechtzeitig noch in's private Stillleben mit dem Genuße möglichst hoher Renten zurückziehen können. Es fällt ihnen gar nicht ein, in solchen Zeiten des Gewinns auch die Arbeiter freiwillig an dem erhöhten Mehrertrag Theil nehmen zu lassen. In einer solchen Periode befinden wir uns augenblicklich. Glücklicher Weise sind die Arbeiter nicht mehr so blind in wirtschaftlichen Dingen, wie dies vor wenigen Jahrzehnten noch der Fall war, wo gar oft kopflos drauf los gestreikt wurde, ohne Rücksicht darauf, ob auch der geeignete Zeitpunkt dazu gekommen war. Heute ist das, wie gesagt, anders, besser geworden. In Zeiten schlechten Geschäftsganges fällt es heute keiner Arbeiterorganisation mehr ein, einen Streik zu billigen, der aus rein momentanen Ursachen, in Folge einer an sich vielleicht durchaus berechtigten Gefühlswandlung mißhandelter Arbeiter unternommen wird, ohne Berechnung, ob die Verhältnisse des Marktes der Durchführung auch günstig sind. Man möchte sagen, daß auch das Streiken heutzutage noch kaufmännischen und wissenschaftlichen Grundfäßen betrieben wird. Und das ist gut so.

Daher sind wir auch den Bewegungen gegenüber, die z. B. im Gang sind, nicht allzu ängstlich, wenn schon auch unter diesen Verhältnissen die allergrößte Sorgfalt und ernsteste Erwägungen vorzuziehen sind. An Eins namentlich müssen sich die Arbeiter in Zeiten allgemeiner Lohnbewegungen besonders erinnern, nämlich daß in solchen Zeitläuften auf irgend welche materielle Unterstützungen aus anderen Orten nicht zu rechnen ist. Streiken an 20 Orten zugleich die Tischler, so kann einer dieser Orte den anderen nicht unterstützen; streiken zu gleicher Zeit aber in denselben und auch noch in anderen Gegenden, neben den Tischlern, die Schlosser, die Schneider, die Textilarbeiter, die Bergleute, so ist um so viel weniger an Unterstützung von auswärts zu denken. Diejenigen, die da in eine Bewegung eintreten wollen, müssen erstens am Orte selbst mit tüchtiger Kriegsrüstung ausgestattet sein; sie müssen außerdem einer — um einen heute geläufigen Ausdruck zu gebrauchen — „kapitalkräftigen“ Organisation angehören und müssen zudem wissen, ob ihr Verband auch im betreffenden Moment in der Lage ist, mit seiner ganzen Kraft für sie einzutreten. Die hier angeführten Vorbedingungen treffen nun allerdings nur selten zusammen, sie können aber zum Theil ersetzt werden

durch außergewöhnlich günstige Geschäftslage, welche die Unternehmer zwingt, ohne viel Widerspruch die Forderungen der Arbeiter zu bewilligen und einen, wenn auch relativ geringfügigen Prozentsatz ihres Mehrerdienstes an die selben abzugeben.

Bestes ist z. B. in einer Anzahl von Industriezweigen und Handwerksbetrieben der Fall und es ist daher vollständig erklärlich, daß die Arbeiter, die auch eine Ahnung von der Sachlage haben, das Essen schmecken, so lange es warm ist.

Was uns bei der gegenwärtigen Bewegung besonders erfreulich scheint, das ist der Umstand, daß in den Fällen ein Hauptgewicht auf die Verkürzung der Arbeitszeit gelegt wird. Gewiß trachtet man auch, wo es irgend angeht, nach entsprechender Lohnerhöhung, namentlich prozentualen Zuschlag für Ueberstunden. Bestes ist eigentlich auch nur eine Maßregel, um die Verkürzung der Arbeitszeit zu fördern. Denn es ist dem verständigen Arbeiter weit weniger darum zu thun, für eine Reihe von Ueberstunden, die ihm die so nöthige Nachtruhe rauben, einen Thaler mehr am Jahrlage heimzubringen, als vielmehr darum, den Unternehmer durch den ihm auferlegten Zuschlag abzuhalten, Ueberstunden überhaupt machen zu lassen. Wohin wir blicken in diesem Frühjahr: fast überall erfahren wir, daß um Verkürzung der Mittagspause, kurze Arbeitszeit am Sonnabend und ähnliche Forderungen gestritten wird, so weit es sich nicht, wie bei den Konfektionsarbeitern, zunächst um eine allgemeine Verbesserung von Löhnen handelt, die zum Theil schon unter der Hungergrenze sich bewegt haben.

Beim Herannahen des 1. Mai fühlt man sich gerade durch das Bestreben, die Arbeitszeit zu verkürzen, besonders freudig berührt. Erst seit 6 Jahren ist eine systematische Bewegung für Erringung des Achtstundentages im Gang und nicht bloß in der allerersten Zeit dieses internationalen Vorgehens, sondern auch in den jüngsten paar Jahren noch konnte man gar oft Aeußerungen vollendetster Hoffnungslosigkeit hören, daß doch eigentlich Alles umsonst sei, weil die Kapitalistenklasse sich doch nicht zwingen lassen würde, einer so „weltgehenden“ Forderung nachzugeben. Daß eine solche Errungenschaft nicht auf einen Wurf, nicht in einem halben oder auch einem ganzen Jahrzehnt eingehelmst werden kann, darüber war sich jeder Einsichtige von vornherein klar. Was aber eine fortgesetzte, gleichgerichtete Agitation, die weitverzweigte Kräfte auf einen bestimmten Punkt konzentriert, mit der Zeit für Früchte tragen kann, das können wir doch in puncto Arbeitszeitverkürzung heute schon sehen.

Seit vier, fünf Jahren ist in einer ganzen Reihe von Gewerkschaften in den größeren Städten der bis dahin noch sehr häufig vorhanden gewesene Elfstundentag verschwunden und der zehn-

stündige Arbeitstag gang und gäbe geworden. Wieder in anderen hat man ohne besondere Anstrengung die neunstündige Arbeitszeit durchgesetzt. In den gegenwärtigen Kämpfen handelt es sich vielfach um die Einführung der 8stündigen Wochenarbeit und in diversen Geschäften, wo die Arbeitszeit bisher noch 60—63 Stunden pro Woche betragen hat, ist ziemlich glatt die 54, 56 oder doch 58stündige Wochenarbeitszeit bewilligt worden. Auch in ganzen großen Gruppen ist Aussicht auf allgemeine Einführung des Neunstundentages vorhanden. Vor einigen Jahren führten die Buchdrucker den Kampf um diese Forderung und unterlagen dabei, trotz der ganz enormen Opfer, die sie dafür gebracht. Bei den gegenwärtigen Tarifverhandlungen im Buchdruckgewerbe wird auch der Neunstundentag wieder eine Rolle spielen und aller Aussicht nach keinen erheblichen Streikpunkt mehr abgeben. Seit dem großen Streik ist er in verschiedenen großen Offizinen eingeführt worden, in einigen arbeitet man sogar nur noch 8 1/2 und 8 Stunden; jezt wird er in weiteren, und zwar zahlreichen Druckereien zur Einführung gelangen und diejenigen Prinzipale, welche sich auch jezt noch nicht dazu entschließen können, werden in einigen Jahren nachgehumpelt kommen, ohne sozusagen zu wissen wie.

Freilich ist diese Angelegenheit auch noch von einer anderen Seite zu betrachten. Die gewerkschaftliche Agitation und Organisation hat sich die ganze Zeit her hauptsächlich auf die großen und mittleren Industriestädte konzentriert. Die Erfolge in den Land- und Kleinstädten sind, so weit überhaupt Versuche in diesen gemacht wurden, meist noch ziemlich klägliche gewesen, insofern nicht Gegenden ausgesprochen industriellen Charakters in Betracht kamen. Im Uebrigen sind die Zustände in weniger bedeutenden Städten und Ortschaften meist weit hinter den vorerwähnten Industriestädten zurückgeblieben und wir finden in Provinzorten, die gar nicht einmal allzu weit von den großen Heerstraßen und den Eisenbahnen abliegen, nicht bloß handwerkswidrige Betriebe, sondern auch Fabriken, speziell auch in den Metallbranchen, in denen noch 12, 13, ja 14 und 15 Stunden täglich geschuftet wird. Wir haben bei einer früheren Gelegenheit auf diesen großen Uebelstand aufmerksam gemacht und unsere agitatorisch thätigen Genossen aufgefordert, ihr Augenmerk viel mehr als bisher diesen Punkten zuzuwenden, da die aus Orten mit solcher Arbeitszeit nach den größeren Städten kommenden Kulis leicht die in den fortgeschrittenen Gegenden vorhandenen Errungenschaften zerschören oder wenigstens einen weiteren Fortschritt aufhalten können. Wir wiederholen heute diese Mahnung und machen darauf aufmerksam, daß es dringend notwendig ist, einen Ausgleich der allzu großen Differenz in der Arbeitszeit auf dem Lande und in den Städten herbeizuführen.

Wie die Einsicht über den großen Werth verkürzter Arbeitszeit auch in verständigen Kreisen außerhalb der eigentlichen Arbeiterwelt Fortschritte macht, daß ist in diesen Blättern wiederholt gesagt worden. Einen neuen Beweis dafür liefert der von uns schon nach anderer Richtung in einigen Artikeln besprochene Bericht der bayerischen Fabrikinspektoren für das Jahr 1895. Es heißt in der Einleitung über dieses Thema v. A.:

„Vor Allen wäre es wohl angezeigt, an dieser Stelle mit einer umfassenden Schilderung der gebräuchlichen Arbeitszeiten zu beginnen. Leider fehlt es aber auch hier an der erforderlichen Statistik, denn die Angaben der Inspektoren erstrecken sich immer nur auf die im Berichtsjahre inspezierten Betriebe. Diesen Angaben nach scheint im Fabrikbetriebe noch immer die 10—11stündige, im Handwerksbetriebe die 11—12stündige Beschäftigung zu überwiegen. Davon gibt es freilich zahlreiche Ausnahmen, bei welchen die angegebenen Grenzen theils nach unten, zumest aber nach oben ausgedehnt sind. — Von erster Bedeutung sind die fortwährenden, in allen Berichten enthaltenen Hinweise auf eine übermäßig lange, sogar vom gesundheitlichen Standpunkte aus zu beanstandende Beschäftigungsdauer u. A. bei Beschäftigtenarbeitern, bei Maschinenisten und Kesselwärtern und ganz besonders in gewissen Handwerksbetrieben. Es fehlt dabei keineswegs an Hervorhebung der schlimmen, die Entwicklung der Arbeiter schädlich beeinflussenden Folgen einer derartigen Beanspruchung. — — — — — Vervollständigt mitgetheilte Fälle, wie z. B. die der Speyerer Bierbrauereien, weisen im Uebrigen immer wieder darauf hin, daß die Verkürzung der normalen (sollte eigentlich „nicht normalen“ heißen) Arbeitszeiten in stetigem, wenn auch langsamem Fortschreiten begriffen ist. — Die hinsichtlich Verringerung der Arbeitsdauer erzielten Erfolge waren größtentheils oder ausschließlich dem Vorgehen der Arbeitnehmer selbst zu ver danken und führten den Werth starker, gut geleiteter Arbeiterorganisationen wieder deutlich vor Augen.“

Der ungünstige Einfluß einer zu langen Arbeitszeit auch auf die Zahl der Unfälle wird an einer anderen Stelle unzweideutig nachgewiesen. So sagt der Bericht:

„St in wirtschaftlicher Beziehung für die Arbeiterschaft von einer Besserung keine Rede, so kommt noch die traurige Thatsache hinzu, daß es um die Sicherheit für Leben und Gesundheit anscheinend schlechter bestellt ist, als vorher. Die Zahl der Unfallanzeigen, so unvollständig auch deren Mittheilung an die Aufsichtsbeamten, namentlich seitens der Landgemeinden, immer noch erfolgt, ergibt abermals eine Steigerung und zwar seit dem Vorjahre von 5459 auf 6201! Hierzu kommen noch 46 Unfälle aus den drei Bergamtsbezirken.“ — „Wenn man diese erschreckend großen Zahlen ins Auge faßt und berücksichtigt, wie sich erfahrungsgemäß diejenigen Unfälle, welche im Allgemeinen jetzt noch durch Schutzvorrichtungen vermieden werden können, verhältnismäßig nicht sehr hoch beziffern, so drängt sich die Frage auf, ob die Unfallverhütungsbestrebungen sich auf dem rechten Wege befinden, wenn sie, wie so häufig, das alleinige Gewicht auf die Anbringung und Benützung solcher Vorrichtungen legen. Die Nothwendigkeit der letzteren wird selbstverständlich nicht im mindesten bestritten, beweisen doch die angeführten Prozentziffern zur Genüge, was auch in dieser Richtung noch alles zu leisten bleibt. Gleichzeitig aber fordern jene Berichtsangaben unsere vollste Beachtung, welche

von dem ungünstigen Einflusse einer zu langen Arbeitszeit, von der Gleichgültigkeit bei Arbeitgebern und Arbeitern gegenüber den Gefahren, von der ungenügenden Berücksichtigung der individuellen Leistungsfähigkeit der Arbeitskräfte, z. B. beim Transportieren von Lasten, von der Sorglosigkeit in der Verwendung jugendlicher Personen bei gefährlichen Vorrichtungen u. s. w. Zeugniß ablegen. Die Aufgabe einer rationalen Unfallverhütung wird es demnach sein müssen, diese letzterwähnten Gesichtspunkte künstlich in höherem Maße in den Kreis ihrer Thätigkeit einzubeziehen und auf eine für das Arbeiterwohl sorgsamere, von Humanitätsrückichten geleitete Kalkulation und Betriebsweise bei den gewerblichen Unternehmungen hinzuwirken.“

Und an anderer Stelle ist dann noch von den schädlichen Einflüssen der Akkordarbeit die Rede, ein Kapitel, das den Arbeitern — und in ganz hervorragendem Maße speziell denen von den Metallbranchen — Schmerzen und Beschwerden verursacht und daher in etlichen Zeilen nicht abgethan werden kann, sondern immer und immer wieder des Weiteren behandelt werden muß.

Wenn der Herr Inspektor eine Besserung in Bezug auf Unfallverhütung durch eine „von Humanitätsrückichten geleitete Kalkulation“, d. h. von freiwillig verkürzter Arbeitszeit zc. erhofft, so können wir diese Hoffnung nicht theilen, sondern empfehlen unseren Lesern vielmehr den anderen Satz des Berichts, der den Werth starker, gut geleiteter Arbeiterorganisationen hervorhebt.

Die Geschäftslage der deutschen Metall- u. Maschinenindustrie.
(Schluß.)

Aus den im ersten Artikel erwähnten Berichten von den deutschen Eisenmärkten geht zur Evidenz hervor, daß auch die Geschäftslage der Maschinen- und Metallfabriken sowie der Establishments für Kleineisenindustrie eine recht gute ist. Man kann dies übrigens als selbstverständlich annehmen, weil ja nur die gute Geschäftslage der verarbeitenden Industrie die gute Geschäftslage der Rohproduktion zur Folge hat. Bei den tausendfach verzweigten wirtschaftlichen Zusammenhängen folgt daraus aber weiter, daß das allgemeine Wirtschaftsleben frisch pulst und prosperirt, welche Annahme mit den Thatsachen in Uebereinstimmung steht.

Eine Reihe von Geschäftsabschlüssen der Aktiengesellschaften liefert uns in Gestalt erhöhter Reingewinne und Dividenden sowie der ausdrücklichen Feststellung der guten Geschäftslage mit ihren reichlichen Aufträgen und besseren Preisen die positiven Beweise für die derzeitige Industriebüthe. Die Aktiengesellschaft Adler-Fahrradwerke vorm. H. Kleyer in Frankfurt a. M. hat bei einem Aktienkapital von 2 1/2 Millionen Mark einen Reingewinn von 581 012 M. gemacht, woraus die Aktionäre 375 000 M. gleich 15 Proz. Dividende erhalten. Der Vorstand bekommt 51 235 M. Tantümen; in den Unterstützungsfonds für Beamte und Arbeiter gab die Gesellschaft 5000 M., Herr Kleyer persönlich 20 000 M. Das Geschäft hat eine wesentliche Erweiterung erfahren durch Vermehrung der Arbeiterzahl und Aufstellung einer zweiten Dampfmaschine von 150 Pferdekraften. — Die „Duisburger Maschinenbau-Gesellschaft“ hat wieder wie im Vorjahre eine Dividende von 9 Prozent vertheilt. — Die „Akkumulatorenwerke System Pollat“ in Frankfurt a. M. erzielten 42 561 M. (33 841 M.) Reingewinn und erfreuten die Aktionäre mit 6 Prozent (5 Proz.) Dividenden. Für das laufende Jahr sei bereits eine beträchtliche Zahl von Aufträgen vorhanden. — 144 835 M. (75 044 M.) Reingewinn machte das

„Rothe Metallwerk, vorm. Schhardt & Sear,“ Roth, und gibt den Aktionären 7 Proz. (5 1/2 Proz.) Dividenden. Das Geschäft hat ein Maschinenwerk neu angelegt und auch ein Vorbogenwalzwerk mit mechanischer Werkstätte in Angriff genommen. — 8 Proz. (7 1/2 Proz.) Dividende erhalten die Aktionäre der „Gebrüder Hammer, Maschinenfabrik“ Nebbenfels (Pfalz). — Aus 70 048 M. Nettogewinn zahlt die „Maschinenbauanstalt und Eisengießerei Stottbus“ an ihre Aktionäre eine Dividende von 8 Proz. Die Werkstätten sind für die nächsten 3 bis 4 Monate mit Aufträgen versehen und es wird noch weiter lohnender Arbeitszuwachs erhofft. — Einen Reingewinn von 206 956 M. (92 290 M.) machte die „Waggonfabrik Aktiengesellschaft vorm. Herbrandt & Cie.“ Böhl-Ohrenfeld und zahlt daraus den Aktionären eine Dividende von 7 Proz. (4). Der Bericht bemerkt, daß die Nachfrage nach rollendem Material für Kleinbahnen eine regere geworden und auch in Fahrzeugen für elektrischen Betrieb die Fabrik lebhaft beschäftigt gewesen ist. Auf diesem Gebiete wie auch in Eisenbahnen liegen belangreiche Aufträge für das laufende Jahr vor. — Die „Aktiengesellschaft Zffelburger Hütte, vorm. Nering, Vogel & Cie.“ Zffelburg, zahlt von 87 226 M. Nettogewinn 150 M. per Aktie. — 15 Proz. Dividende wie im Vorjahre zahlt die „Aktiengesellschaft Hohenzollern für Lokomotivbau“ in Düsseldorf an ihre Aktionäre. — Die „Nambacher Hüttenwerke“, Nambach (Lothringen) machten einen Reingewinn von 267 918 M. (258 891 M.), woraus die Aktionäre eine Dividende von 7 Proz. (6) erhalten. — Der Gewinn der Aktiengesellschaft Düsseldorfer Eisenbahnbedarf, vorm. Weyer & Cie. beträgt 514 495 M. Die Aktionäre erhalten 12 Proz. (10). — Die Sangerhauser Aktien-Maschinenfabrik und Eisengießerei machte einen Reingewinn von 617 991 M., woraus die Aktionäre eine Dividende von 22 1/2 Proz. erhalten. Zu Tantümen und Gratifikationen wurden 179 128 M. verwendet. Heißt e Geschäft! Nicht wahr? — Einen Reingewinn von 42 281 M. (20 729 M.) erzielte die Siegener Maschinenfabrik, vorm. Dechelhäuser, Siegen, und die Aktionäre erhalten 8 Proz. (6) Dividenden. — 8 Prozent gegen 7 im Vorjahre erhalten die Aktionäre der „Maschinenfabrik Vulcan“. — Die „Düsseldorfer Röhren- und Eisenwalzwerke“ zahlen wieder wie im Vorjahre 10 Proz. Dividende. — 6 Proz. Dividende wie im Vorjahre zahlt wiederum die „Straßburger Maschinenfabrik“. — Die „Aktiengesellschaft Lehmann & Cie., Trägertwellblechfabrik, zahlt 6 Prozent Dividende gegen 4 Proz. im Vorjahre. — Die „Schnellpressenfabrik Frankenthal, Albert & Cie., Aktiengesellschaft in Frankenthal, hat in den 7 Monaten vom 1. April 1895 bis 1. Januar 1896 einen Bruttogewinn von 551 252 M. gegen 441 406 M. in der gleichen Periode des Vorjahres erzielt. Am 1. Februar 1896 betragen die unerledigten Aufträge 533 000 M. — Bei einem Umsatz von ca. 6 Millionen Mark hat die „Bielefelder Maschinenfabrik vorm. Dürrkopp & Cie.“, Bielefeld, einen Reingewinn von 1 035 255 M. (738 718) gemacht, woraus die Aktionäre eine Dividende von 18 Proz. (12) gleich 405 000 M. erhalten. An Tantümen und Gratifikationen werden 79 011 M. vertheilt. Der Unterstützungs- und Pensionsfonds erhielt 15 000 M. Die Aussichten für das laufende Geschäftsjahr werden als gut bezeichnet. Das Werk beschäftigt 2450 Arbeiter, von denen im Durchschnitt jeder rund 200 M. den Aktionären geschenkt hat. — Auf der Höhe von 20 Proz. Dividende hat sich wieder wie im Vorjahre die „Aktiengesellschaft Ludwig Böwe & Cie.“ erhalten. Auf das Aktienkapital von 7 1/2 Millionen Mark machte sie einen Bruttogewinn von

2 955 284 M. (2 643 652 M.). — Das „Blechwalzwerk Schulz-Snaubi, Aktien-Gesellschaft“ in Offen machte einen Bruttogewinn von 876 446 M. (621 012 M.), woraus die Aktionäre 12 1/2 Proz. (10) Dividende erhalten. — 10 Prozent (9) Dividende erhalten die Aktionäre der „Gesellschaft für Zinkindustrie vorm. Grillo“ in Oberhausen aus dem Reingewinn von 251 742 M. — Eine Dividende von 8 Proz. wie im Vorjahre zahlt die „Maschinenbauanstalt und Eisengießerei Flöber“ in Gassen. Der Reingewinn beträgt 209 614 M. (172 826 M.). — 24 Proz. (21) Dividende zahlt die „Nähmaschinenfabrik und Eisengießerei vorm. Seidel & Naumann“ in Dresden. — 25 Proz. (18) Dividende zahlt die „Deutsche Metallpatronenfabrik“ in Karlsruhe. — Aus dem Reingewinn von 104 000 M. zahlt die „Aluminium- und Magnesiumfabrik“ Gemelingen 10 Proz. Dividende an die Prioritäts- und 12 Prozent auf die Stammaktien. — 6 Proz. zahlt auch die „Bogtländische Maschinenfabrik vorm. Dietrich“, Plauen, aus einem Reingewinn von 89 525 M.

Sehr lehrreich sind die Ausführungen, welche die Aktiengesellschaften in Prospekten machen, die sie zur Erhöhung des Aktienkapitals, Aufnahmen von Anleihen u. s. w. ausgeben und worin von brüskenden „sozialpolitischen Lasten“, von „hohen Arbeitslöhnen“, von „disziplinloser oder sozialdemokratischer Arbeiterschaft“ und anderen Schmerzen der Kapitalisten mit keinem Worte die Rede ist. So heißt es in dem Prospekte, welchen die „Fabrik Lochmann'scher Musikwerke“ in Leipzig für Aufnahme einer 3 1/2prozentigen Anleihe ausgeben hat: „Andererseits ist zu berücksichtigen, daß sich das Unternehmen zu hoher Rentabilität entwickelt hat. Die Gesellschaft wurde im Jahre 1889 mit 300 000 M. Aktienkapital errichtet; im Jahre 1893 erfolgte die Kapitalerhöhung auf 450 000 M. und im November 1894 wurden weitere 300 000 M. Aktien zu 160 Prozent ausgegeben, so daß das gegenwärtige Aktienkapital 750 000 M. beträgt. An Reserven sind 380 000 M. vorhanden. Auf das Aktienkapital wurden in 1889 15 Prozent, 1890 20 Prozent, 1891 23 Prozent, 1892 24 Prozent, 1893 26 Proz. und 1894 28 Proz. Dividende vertheilt.“ Das ist in der That eine progressive von Jahr zu Jahr zunehmende hohe Rentabilität. Es wäre von nicht geringem Interesse, zu wissen, wie sich die Arbeitsverhältnisse in dieser Fabrik seit ihrer Umwandlung in ein Aktienunternehmen gestaltet haben.

Zur Beurtheilung der Geschäftslage der Maschinenindustrie sei noch folgendes aus einem Berichte der „Rheinischen Metallwaaren- und Maschinenfabrik“ in Düsseldorf angeführt, in dem es heißt: „Die Fabrik ist augenblicklich sowohl mit der Herstellung von artilleristischen Artikeln, wie in den anderen Abtheilungen gut beschäftigt, auch die nächsten Aussichten sind als günstig zu bezeichnen. Nach Vollendung der umfangreichen Neubauten, die bereits sehr weit vorgeschritten sind, gedenkt die Gesellschaft, den Großbetrieb für die Fabrikation nachfolgender Rohre aufzunehmen. Die Bedeutung dieses neuen Artikels und die vielseitigen Vorzüge desselben sind in der letzten Zeit in den verschiedensten Industrie-Branchen immer mehr zur Anerkennung gelangt. Es liegen bereits zahlreiche in- und ausländische Aufträge vor, insbesondere auch von Schiffbauanstalten. Nach Fertigstellung der Neueinrichtungen erwartet die Gesellschaft von dieser Branche einen besonders lebhaften Betrieb. Mit der Erweiterung des Establishments wird außerdem der Zweck verfolgt, die Fabrikation von Geschützrohren bis zu erheblichen Dimensionen und von verwandten Artikeln in den Geschäftsbereich der Fabrik zu ziehen und damit ein neues ergiebiges Feld für

die Gesellschaft zu gewinnen. Die Verwaltung hofft, diesen Zweck in vollem Maße zu erreichen, um so mehr, als das von der Fabrik angewandte Verfahren zur Herstellung von Geschützrohren in Bezug auf Billigkeit und Güte bereits das vielseitige Interesse erregt hat."

Das war Ende Februar. Anfangs März wurde von derselben Fabrik berichtet: "Die Gesellschaft ist, wie dieser Tage berichtet, im Begriff, ihr Aktienkapital zu erhöhen, um die Kosten zur Fertigstellung ihrer neuen Betriebe für nachfolgende Rohre und Geschützrohre zu beschaffen. Zur Deckung dieses Geldbedarfs genügt voraussichtlich die Ausgabe von 600 bis 700 000 neuer Aktien, die den alten Aktionären zur Verfügung gestellt werden sollen. Gleichzeitig hiermit steht im Interesse des Werkes noch eine andere Finanzoperation zur Erwägung, welche darauf abzielt, das Rother Metallwerk vormals Ehrhardt & Hege mit der Rheinischen Metallwaaren- und Maschinenfabrik zu vereinigen. Diese beiden Betriebe haben bisher schon mehrfach und zum beiderseitigen Vortheile ineinander gegriffen; aber durch die neuen Fabrikationszweige, bei welchen die Herstellung von Qualitätsstahl mit speziellen und oft wechselnden Anforderungen eine große Rolle spielt, ist ein intimeres Zusammenarbeiten für beide Theile noch wünschenswerther geworden. Die Verwaltung der Rheinischen Metallwaaren- und Maschinenfabrik beschäftigt sich augenblicklich eingehend mit dieser Frage und nimmt eventuell in Aussicht, die Rother Aktionäre durch neue Aktien abzufinden, welche erst vom nächsten Jahre ab dividendenberechtigt wären und vorerst weder die Dividende noch den Markt der Rheinischen Aktien belasten würden."

Nach all dem angeführten Thatsachenmaterial kann behauptet werden, daß die gegenwärtige Geschäftslage der deutschen Maschinenindustrie wie der Metall- und Eisenindustrie eine glänzende ist, welches Urtheil dadurch durchaus nicht alterirt wird, daß einige wenige Maschinenfabriken keine guten Geschäfte im verflossenen Jahre gemacht haben. Das gilt auch gegenüber der „Eisen-Zeitung“, welche in ihrer Nummer vom 12. März sich sehr darüber ärgert, daß wir in Nr. 2 der „D. M.-Arb.-Ztg.“ eine Schilderung der guten Geschäftslage gegeben, sowie dargelegt haben, daß selbst in dieser Periode wirtschaftlicher Prosperität die Arbeitslöhne reduziert, statt erhöht worden seien. Der „Eisen-Ztg.“ hat es speziell der Fall von der Dortmunder „Union“ angethan. Sie bestreitet die von uns nach der „Erf.-Ztg.“ behauptete Lohnreduktion (es ist in jenem Artikel auch ein Druckfehler, indem es statt 30. September 30. Dezember heißt) und weist ferner darauf hin, daß das Unternehmen schlecht rentire und gar keine Dividende vertheilt werde. Was die Lohnreduktion betrifft, so geht es jedenfalls die Dortmunder „Union“ an, was der dortige Fabrikinspektor in seinem Amtsberichte mittheilt, daß in einem Eisen- und Stahlwerke durch Ueberanstrengung der Arbeiter, gegen die selbst die Intervention des Regierungspräsidenten angerufen werden mußte, die durchschnittliche Leistung per Arbeiter von 37,6 Tonnen in 1891/92 auf 53,21 in 1893/94 gesteigert und trotzdem eine Lohnreduktion von 4—10 Prozent vorgenommen wurde. Das war Ende 1894, die Lohnreduktion wird sich Ende 1895 wiederholt haben. Daß die „Union“ keine Dividende zahlt, das wußten wir auch; allein das ändert gar nichts an unserer Kritik, daran, daß in einer Periode der Industriebüthe bei steigenden Verkaufspreisen und vorhandenen Aufträgen von fast 15 Millionen Mark die ohnehin niedrigen Arbeitslöhne noch weiter gesenkt werden. Im Uebrigen müssen wir doch sagen, daß es ein trauriges Handwerk ist, als journalistischer Hand-

langer der Kapitalisten gegen die darbenenden Arbeitenden zu schreiben.

Selbst auf die Gefahr hin, die Herren von der „Eisen-Ztg.“ wieder zu ärgern, rufen wir abermals den Arbeitern zu: Mafft Euch auf, beugt die günstige Geschäftslage, Euch auf der ganzen Linie zu organisiren und Eure schlechten Arbeitsverhältnisse zu verbessern. Das Feldgeschrei lautet: Kurze Arbeitszeit, hoher Lohn!

Zum Fortbestand der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.

In Nr. 13 der „Deutschen Metall-Arbeiter-Zeitung“ wird zur Frage des Fortbestandes der Generalkommission Stellung genommen, aber in einer Weise, die nur zu bedauern ist. Will man konsequent von dem Grundsatz ausgehen, daß wir eine Einrichtung nach dem direkten Vortheil, den sie für uns selbst geschaffen hat, beurtheilen, dann kann ein großer Theil der Gewerkschaftsmitglieder der Organisation überhaupt den Rücken kehren.

Ist es denn nicht die Erkenntnis, daß nur durch gegenseitiges Unterstützen die Lage des mehr Gedrückten und Ausgebeuteten gehoben und die des relativ günstiger Gestellten gefestigt werden kann, die uns in die Organisation führt? Darum ist es auch mindestens irrtümlich, die Bedeutung der Generalkommission nach dem Vortheil, den sie dem Metall-Arbeiter-Verband gebracht oder nicht gebracht hat, zu beurtheilen. Da wir denn doch einmal auf dem Boden der „modernen Arbeiterbewegung“ stehen wollen, so wäre es doch richtiger, die Bedeutung, die die Generalkommission für die Arbeiterschaft, für die Organisationen überhaupt hat oder haben kann, näher in's Auge zu fassen.

Stellen wir uns auf den Boden, daß wir nur für uns selbst zu sorgen haben, daß wir die minder Kräftigen nicht unterstützen sollen, dann stellen wir uns ganz genau auf den von uns so oft bitter beurtheilten Standpunkt vieler Unorganisirter, die der Organisation fern bleiben, weil sie sich von derselben keine direkten Vortheile versprechen. Ist die Organisation denn ein Geschäftsunternehmen? Oder soll sie ein Kampfmittel sein zur Abwehr der Unternehmerübergriffe?

Ist letzteres der Fall, dann Kräftigen wir unsere natürlichen Verbündeten und dadurch stärken wir uns selbst!

Wirklich betrübend ist die Bezeichnung „Konkurrenzorganisation“. Ist man von der Schädlichkeit der Zersplitterung überzeugt und ist man ehrlich bemüht, dieser Zersplitterung einen Damm entgegenzustellen, will man das große Werk der Einigung fördern, dann sollte man Einrichtungen, die diesem großen, gewaltigen Werk die Wege ebnen, erfolgreich unterstützen. Daß die Uneinigkeit meist das Werk einzelner Personen ist, die den Unverstand und die Unkenntnis der Masse in ihrem Interesse ausnützen, wird ja eingestanden, aber gleichzeitig will man den Weg sperren, um solchen Sonderbestrebungen das Wasser abzugraben.

Es wird behauptet, die Generalkommission agitire für Konkurrenzorganisationen und diese würden durch die Generalkommission auf Kosten des Metallarbeiter-Verbandes gekräftigt. Dann gibt man doch zu, daß die Generalkommission für die Prinzipien der modernen Arbeiterbewegung Ersprießliches leistet. Werden die einzelnen Organisationen (die uns ja im Prinzip nicht entgegenstehen) zudröckert durch eine Institution zur Vertretung gemeinsamer Interessen vereinigt, dann wird der unheilvolle Einfluß einzelner Personen und Vorstände, die absolut ihre

Autorität behaupten wollen, gebrochen und der Weg zur Vereinigung der künstlerisch-Auseinandergehaltenen ist vorgezeichnet.

Machen wir nun den Anspruch, voll und ganz auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung zu stehen, dann haben wir auch die Verpflichtung, die Wege einzuschlagen, welche zu dem Ziele führen, welche diese Bewegung sich gesetzt hat, und das ist zuvörderst Einigkeit in irgend einer Form. Stellen wir uns hindernd auf irgend einen solchen Weg, welcher dieser nothwendigen Einigkeit sich eröffnet, dann setzen wir uns allerdings der Gefahr aus, daß ein solches Vorgehen auf Konkurrenzneid zurückgeführt wird. Schwingen wir uns doch zu der Erkenntnis auf, daß gerade diejenigen, welche Anspruch darauf machen, die Bedeutung der Organisation erkannt zu haben, diese Erkenntnis auch zu beweisen haben, indem sie sich bereit erklären, die zur Ausbreitung und höheren Formation der Organisation nothwendigen Opfer zu bringen. Mit der einfachen Organisation ist noch nichts Besonderes zu erreichen, sonst hätten wir gar keinen Grund von Konkurrenzorganisationen zu sprechen, sondern die Organisationen müssen sich den entwickelteren Verhältnissen anpassen, sie müssen sich in irgend einer Form dem zentralistischen Kapitalismus als gleiche Institutionen gegenüberstellen.

Eine solche Institution ist nur geboten durch die Generalkommission. Wollen wir — vielleicht aus dem Grunde, weil die einzelnen Organisationen noch nicht genügend ausgebaut sind — von der weiteren Zentralisation absehen und so die Unfähigkeit der gewerkschaftlichen Organisationen, sich den Verhältnissen anzupassen und Ersprießliches zu leisten, eingestehen, dann können wir auch gleich so konsequent sein und uns ohne Organisationen ausbeuten lassen. Soll der Unterdrückung und Ausbeutung ein kräftiges veto entgegengekehrt werden, dann müssen wir auch Gebrauch machen von den entwickelten Waffen, die dem Gegner zu Gebote stehen. Es wäre doch höchst lächerlich, wenn eine Nation gegen einen mit den modernsten Waffen ausgerüsteten Eroberer mit alten verrosteten Waffen kämpfen wollte, wenn ihr die Möglichkeit gegeben ist, die schärferen Waffen des Feindes zu benutzen. Die deutsche gewerkschaftliche Organisation hinkt von Anfang an immer einige Jahrzehnte hinter nach. Bleiben wir in diesem Tempo, dann kann der Kapitalist mit Befriedigung singen: Europa hat Ruh!

Wenn man den Werth der gewerkschaftlichen Organisation recht hervorheben will, dann verweist man gewöhnlich auf die Britischen Trade Unions und ihre Bedeutung für Englands werththätige Masse. Warum nimmt man sich denn kein Beispiel gerade an dem Ausbau dieser Vereinigungen, denn gerade in der gleichzeitigen Entwicklung der Trades Unions analog der des Industrialismus liegt ihre Stärke. So heißt es in der Geschichte der Trades Unions in dem Kapitel: „Die Junta und ihre Wirken“: „Es waren die Leiter der bisher vorhandenen wenigen Zentralorganisationen, welche sich zu einer freien Kommission zusammenfanden, um die Prinzipien und die Geschäftstätigkeit der Gewerkschaften wie sie seitdem zur Geltung kamen, auszubauen und in die Arbeiterschaft hineinzugetragen, aber auch den Trade Unionismus der Außenwelt gegenüber zu vertreten.“ Weiter heißt es dann: „Scharf sind die Mitglieder der Junta gezeichnet. Ihrem unsichtigen und nachhaltigen Wirken gelang es, allen Verleumdungen zum Troste, die Gewerkschaften im weiteren englischen Publikum zum Ansehen zu bringen“ u. s. w.

Wenn wir uns nun im Prinzip für Beibehaltung der Generalkommission erklären, so soll damit nicht gesagt sein, daß sie in der bisherigen Weise weiter

wirken soll. In dieser Beziehung wären praktische Vorschläge mit Freuden zu begrüßen. Ganz entschieden ist es aber zu beurtheilen, wenn man sich der Generalkommission gegenüber auf's hohe Pferd setzt, obwohl man seinen eigenen Pflichten gegenüber derselben nicht nachgekommen ist. (Der Einsender sollte doch nicht vergessen, daß der Verband seinen Pflichten nachkam, sobald er dazu in der Lage war. Red.) Es ist überhaupt charakteristisch, daß die Hauptgegner der Generalkommission sich aus dem bezeichneten Lager rekrutiren.

Ueber die Bedeutung und Nothwendigkeit der Gewerkschaftskartelle ist man sich doch wohl allgemein klar. Muß es da nicht mindestens Befremden erregen, wenn es heißt: „Der Vorstand des Metallarbeiter-Verbandes lehnt es ab, an der Sitzung der vereinigten Gewerkschaften Stuttgart's theil zu nehmen.“ Und wenn ein Vertreter der Tabakarbeiter erklärt: „Die Mitglieder des Verbandes, sowie die gesamte Arbeiterschaft seien verblüfft gewesen, als sie eines Tages ganz unversehrt im „Gewerkschafter“ die Erklärung lasen, daß ihr Vorstand die Beziehungen zur Generalkommission eigenmächtig gelöst habe.“

Das war mindestens sehr undankbar; hatte doch die Generalkommission den Tabakarbeitern während des Hamburger Anschließes 108 041 M. überwiesen. 106 950 M. waren durch Darlehen aufgebracht, dieselben sind noch heute nicht ganz beglichen. Es stehen noch 20 220 M.

Wenn man seitens der Vorstände der Generalkommission, überhaupt der Zentralisation so wenig Wohlwollen entgegenbringt, dann ist es für die Mitglieder der Organisationen an der Zeit, den einzelnen Vorständen ihre Wünsche energisch vorzuführen. Soll die deutsche gewerkschaftliche Organisation das leisten, was sie verspricht, dann ist es die höchste Zeit, daß sie aus den Kinderstühlen heraus-springt in's praktische Leben ohne Zaudern und Zagen hinein in's Getriebe!

Ruhe ist Lob! „Vorwärts!“ sei die Parole. Einigkeit ist das Ziel; steuern wir darauf zu mit allen uns zu Gebote stehenden Mitteln zum Segen der Arbeiterschaft, zum Glück der Menschheit.

Eisen, den 28. März 1896.

Christliche oder wirtschaftliche Gewerkschaften?

„Konfessionelle, interkonfessionelle oder konfessionslose Gewerkschaften“ — unter diesem Titel machte jüngst ein, für christliche Gewerkschaften agitirender Artikel die Kunde durch die Zentrumspresse. Die Sozialdemokratie, heißt es in demselben, hätte sich zwar um die Organisation der Gewerkschaften viel bemüht, aber nur als Mittel zum Zweck. Da aber die Gewerkschaften der Sozialdemokraten selbstverständlich religionslos seien, brauche man auch mit ihnen nicht weiter zu rechnen. Damit glaubt der Artikelschreiber die freien Gewerkschaften abgethan zu haben. Aber auch die zahmen Girk-Dunder'schen Gewerkschaften finden keine Gnade vor seinen Augen, da ihnen das nach seiner Ansicht unerläßliche Requisite, die „christliche Grundlage“ fehlt. Ohne Gott, heißt es dann weiter, sei eine gesunde Sozialreform gar nicht möglich. Daher müsse der Arbeiter sich den christlichen Gewerkschaften anschließen, den anderen aber fern bleiben. Konfessionelle Gewerkschaften erachtet der Artikelschreiber nicht für nothwendig, denn der Gewerkschaften verein behandle wirtschaftliche Angelegenheiten und dabei seien die verschiedenen Konfessionen in gleicher Weise interessiert. Dann sei aber auch zu befürchten, daß mancher Arbeiter den konfessionellen Vereinen, sobald der Geistliche in den Vordergrund trete, fern bleiben werde. Ferner sei keinerlei Garantie geboten, daß falls

die Mitglieder einer Konfession sich organisierten, die Mitglieder der anderen Konfession ein Gleiches thun würden. Die Organisation werde dann eine einseitige werden. Im besten Falle wäre ein doppelter Verwaltungskörper mit doppelten Kosten notwendig sein. Sehr leicht werde sich auch ein Mangel an leitenden Kräften bemerkbar machen. Dann sei aber auch bei einer nach Konfessionen getrennten Verabreichung eine Verständigung viel schwieriger. Ja, es sei sogar nicht ausgeschlossen, daß ein Verein zum anderen in Gegensatz gebracht werden könne. Zum Schluß meint der Artikelschreiber, wegen des vereinten Tages von katholischen und evangelischen Arbeitern in wirtschaftlichen Dingen brauche man nicht ängstlich zu sein. Wenn man den guten Willen habe, jede konfessionelle Frage aus dem Spiele zu lassen, was die Arbeiter gern thäten, und die an anderen Ständen zu wählenden Beiräte des Vorstandes von der gleichen Gesinnung ausgingen, bleibe der Friede gewahrt.

Der Artikel enthält zunächst einige Unwahrheiten. Die in demselben über die Notwendigkeit interkonfessioneller, christlicher Gewerkschaften angeführten Gründe beweisen, soferne man dem Gedankengange der dort aufgestellten Grundsätze getreu bleibt, daß, sollen die gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiter den gewünschten Erfolg haben, nicht nur die Konfession, sondern die Religionsfrage überhaupt völlig ausscheiden muß.

Schließlich enthält der Artikel aber auch einige, von den „Christlichen“ bisher entschieden bestrittene Eingeständnisse. Mit großem Pathos ist von der Zentrumspreffe stets betont worden, die in den christlichen Gewerkschaften organisierten Arbeiter regelten ihre Angelegenheiten selbstständig und unbeeinflusst von irgend einer Seite. Daß wir dies gelegentlich des letzten Gewerbegerichtswahlkampfes in Köln zu bezweifeln wagten, rief bekanntlich große Entrüstung bei den Führern der „Christlichen“ hervor. Der Artikelschreiber macht rund und nett das Eingeständnis der Beiräte aus anderen Ständen. Daß aber gerade diese Beiräte die leitenden Elemente in den christlichen Gewerkschaften, die vorgeschobenen Arbeiter nur Strohmänner, Dekorationsstücke sind, dürfte wohl zweifellos sein, ist zum Ueberfluß außerdem seitens des Herrn Fusangel in Bezug auf den „Leiter“ des angezogenen christlichen Bergarbeiterverbandes Herrn Brust unverbohlen ausgesprochen worden. Sehr interessant ist aber auch das Eingeständnis, daß die Arbeiter jede konfessionelle Frage gerne aus dem Spiele lassen und eine Störung des konfessionellen Friedens nur von den Beiräten aus anderen Ständen zu befürchten sei. Das heißt doch wohl nichts Anderes, als der religiöse Fanatismus wird in den Arbeitern künstlich gezüchtet und erhalten. Sind die christlichen Arbeiter aber gerne bereit, konfessionelle Fragen bei der Verabreichung wirtschaftlicher Angelegenheiten aus dem Spiele zu lassen, so werden sie nicht minder bereit sein, religiöse Fragen überhaupt aus dem Spiele zu lassen, wenn sie nicht daran durch die Beiräte aus anderen Ständen verhindert werden.

Alles was der Artikelschreiber dafür anführt, daß die Konfession keine Schranke für die Vereinigung der Arbeiter bilden darf, beweist, falls man nur die letzten Konsequenzen zieht, daß die Religion dies ohne Nachteil für die Arbeiter ebenso wenig sein darf. Nicht nur die Angehörigen der verschiedenen Konfessionen, sondern auch die Angehörigen verschiedener Religionen, sowie die religionslosen Arbeiter sind in gleicher Weise an den wirtschaftlichen Angelegenheiten interessiert. Ausbeutung, Hunger und Elend sind weder an eine Konfession noch an

eine Religion geknüpft; sie machen sich den Angehörigen der verschiedenen Religionen und Konfessionen, wie den religionslosen Menschen gleich fühlbar. Sollen die gemeinschaftlichen Interessen der Arbeiter nicht empfindlich geschädigt werden, muß man die Gefahr bejähren, welche ihnen aus dem Gegensatz zwischen christlichen und religionslosen Gewerkschaften droht. Der Artikelschreiber fürchtet, daß bei Gegensätzen zwischen konfessionellen Gewerkschaften die Sozialdemokratie die Früchte ernte. Bei einer Trennung der Arbeiter in christliche und religionslose Gewerkschaften erntet der Unternehmer die Früchte dieser Gegensätze.

Die sich heute auf wirtschaftlichem Gebiete bemerkbar machenden Mißstände, der immer stärker werdende Druck, der auf weiten Volksteilen lastet, alles das ist eine natürliche Folge unserer wirtschaftlichen Entwicklung. Für die Arbeiter, als dem wirtschaftlich schwächsten Theil, wird dieser Druck am ersten und am stärksten fühlbar. Auf sie werden die üblen Folgen unserer Entwicklung, seitens der Unternehmer, abzuwälzen versucht. Auf Kosten der Arbeiter sucht sich der Unternehmer konkurrenzfähig zu machen und zu erhalten; auf ihre Schultern sucht er die Folgen der immer häufiger und intensiver auftretenden Krisen abzuladen. Der Gegensatz zwischen Arbeiter und Unternehmer spitzt sich immer mehr zu, zwingt die Arbeiter zum Zusammenschluß, zum gegenseitigen Schutz und Trutz. Diese Vereinigungen sollen ihn wenigstens in etwas gegen die volle Wucht der üblen Folgen unserer Entwicklung, wie auch gegen die sonstigen Uebergriffe des Unternehmertums schützen, sowie ihm die Ausnützung der günstigeren Geschäftskonjunktur zur Erreichung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen ermöglichen. Die Gemeinsamkeit der wirtschaftlichen Interessen ist der Boden, auf dem die gewerkschaftlichen Organisationen stehen; die größtmögliche Wahrung dieser Interessen ist das Ziel, das sie erstreben müssen. Aus wirtschaftlichen Verhältnissen entstanden, verfolgen sie nur rein wirtschaftliche Zwecke.

Je größer die Zahl der zu einem Gewerbe gehörigen Arbeiter ist, welche in einer Organisation zusammengefaßt werden, je größer ist die Macht und der Einfluß, die dieselbe ausübt, und folglich auch das Maß von Schutz und Hilfe, welche der Einzelne bei ihr findet. Ihren Zweck können die Organisationen aber nur dann ganz erfüllen, wenn in ihr möglichst alle Angehörigen eines Gewerbes vereinigt sind. Die Arbeiter hierauf stets aufs neue, als einer unerlässlichen Notwendigkeit, aufmerksam zu machen, ist die Pflicht eines Jeden, der es ehrlich mit dem Arbeiter meint.

Die Religion steht mit unserer wirtschaftlichen Entwicklung in keiner Verbindung. Unter ihr haben sich unsere wirtschaftlichen Zustände zu ihrer heutigen Unhaltbarkeit entwickelt. Wollte man ihr einen Einfluß auf dieselben zubilligen, so könnte dies kein guter sein. Aber auch die Befürworter der christlichen Organisationen hätten ja, wenn sie von dem Eingreifen einer höheren Gewalt in unser wirtschaftliches Gebiete überzeugt sind, überhaupt Unrecht, zur Organisation anzurathen und so dieser höheren Macht ins Handwerk zu pfuschen. Alle Vereine, alle Parteien wären dann vom Uebel. Vor allen Dingen aber die, welche auf religiöser Basis beruhen. Die Praxis straft die Theorie der christlichen Herren Lügen. Ist ein Zusammenschluß christlicher und religionsloser Arbeiter in einer wirtschaftlichen Organisation mit einer Gefahr für das Seelenheil ersterer verbunden, so ist diese Gefahr für die Unternehmer, in demselben Fall, doch wohl ungleich größer, da es ja doch schon für sie ebenso schwierig ist, in das

Himmelreich einzugehen, als für ein Kamel durch ein Nadelohr zu schlüpfen. An das Unternehmertum wende man sich also zunächst und empfehle den Herren einmal die Trennung in christliche und religionslose Aktiengesellschaften, Trusts, Kartelle und Dinge.

Bei der letzten Gewerbegerichtswahl in Köln konnte man ein sehr interessantes Vorkommnis beobachten. Während in der Zentrumspreffe und von Zentrumsrebunern die Behauptung aufgestellt wurde, die Sozialdemokraten könnten keine gerechten Urtheile fällen, weil ihnen die Religion mangle, und deshalb müßten ihre Kandidaten von den christlichen Arbeitern auf das Entschiedenste bekämpft werden, während man ferner von der Kanzel herab verkündete, der christliche Arbeiter, welcher einen sozialdemokratischen Stimmzettel zur Urne trage, gefährde sein Seelenheil, kurz, während man die Arbeiter mit allen Mitteln in zwei feindliche Lager zu trennen suchte, zu derselben Zeit konnte man die Namen der christlichen Herren Bachem, Verleger der „Kölnischen Volkszeitung“, und Theising, Verleger des „Rheinischen Merkur“, brüderlich vereint mit dem Namen Du Mont, Besitzer der kulturkämpferischen religionslosen „Kölnischen Zeitung“, unter einem Aufruf zur Wahl eines gemeinsam aufgestellten Arbeiter-Kandidaten lesen. Für dieselben Herren Unternehmer, welche die Religion als Schranke, die eine Vereinigung der Arbeiter hindere, hinzustellen bemüht sind, existirt eine derartige Schranke nicht. Da sie die Arbeiter aber so einbringlich vor Gefahr warnen, wie können sie sich denn so leichtsinnig in dieselbe begeben? Darüber mögen die christlichen Arbeiter einmal ernstlich nachdenken.

Unwahr ist, daß die Sozialdemokratie die Gewerkschaften ein Mittel zum Zweck benutze. Allerdings war sie es, und zwar sie allein, welche die Arbeiter zuerst auf die Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation aufmerksam machte und ihnen bei Gründung und später bei dem weiteren Ausbau derselben mit Rath und That zur Seite stand. Von Niemandem wird aber bei seinem Eintritt in die Gewerkschaften ein religiöses oder politisches Glaubensbekenntnis verlangt. Es genügt, daß er als Arbeiter für die Verbesserung seiner Lage kämpfen will. Er mag seine religiöse Ueberzeugung behalten, er mag sie ablegen, ganz nach seinem Belieben, weder das Eine noch das Andere hat auf sein Verhältniß zur gewerkschaftlichen Vereinigung irgend welche Einwirkung. Es wird davon keinerlei Notiz genommen. Niemand ist aber auch gezwungen, sich bei seinem Eintritt in die Gewerkschaft der sozialdemokratischen Partei anzuschließen. Die Gewerkschaften sind selbstständige wirtschaftliche Organisationen, welche in keiner Weise von der sozialdemokratischen Partei abhängig sind. Sie sind ihre eigenen Vererber und haben und wollen auch keine Beiräte aus anderen Ständen oder Parteien. Anders steht es aber in dieser Beziehung mit den christlichen Parteien und speziell mit der Zentrumspartei. Seit wann ist dieselbe denn eigentlich bemüht, die Arbeiter wirtschaftlich zu organisieren? Diese Bemühungen datiren seit der Zeit, als sich die ersten Anzeichen des drohenden Zerfalls der Zentrumspartei bemerkbar machten. Je mehr sich diese Zeichen mehrten, je eifriger nahm man sich der Arbeiter und ihrer wirtschaftlichen Organisationen an. Die sozialpolitischen Forderungen des Bischofs Ketteler, welche man während der ganzen Zeit unbeachtet gelassen hatte, wurden jetzt aus der Kumpelkammer hervorgeholt und als Beweis für das warme Herz, welches der Ultramontanismus alle Zeit für die Arbeiter gehabt, benützt. Man brauchte

eine Stütze für den ins Wanken gerathenen Zentrumssturm, als diese hatte man sich die katholischen Arbeiter angesehen. Zu diesem Zweck sucht man sie von ihren Klassen Genossen, mit denen wirtschaftliche Interessen sie unbillig verbinden, zu isoliren durch die Sonderorganisationen christlicher Gewerkschaften. Unbekümmert darum, daß man hierdurch die wirtschaftlichen Interessen der Arbeiter schädigt, die Organisation zu einer Spielerei macht. Nicht der Abfall von der Religion ist es, was man befürchtet und verhindern will, sondern der Abfall der Arbeiter von der Zentrumspartei. Die christlichen Gewerkschaften sollen der Zentrumspartei nur als Mittel zum Zweck dienen. Wollen die katholischen Arbeiter ihre Interessen nicht selbst verwalten, dürfen sie diesen Lockrufen kein Gehör schenken. Unbeachtet aller Religions- und Konfessionsunterschiede, müssen sie sich fest und dicht aneinanderschließen, genau so, wie es die Unternehmer thun, ob christliche oder unchristliche.

„H. B.“

Statistik der Evangelischen Arbeitervereine Deutschlands.

Die erste ziffermäßige Uebersicht über die Ausbreitung und Zusammensetzung der Evangelischen Arbeitervereine und verwandter Organisationen im Deutschen Reich gibt jetzt im „Ev. Arbeiterboten“ (Hattlingen) der Redakteur dieses Blattes, J. Hölthoff, auf Grund einer von ihm seit September vorigen Jahres gehaltenen Umfrage. Die Uebersicht umfaßt 10 umfangreiche Tabellen mit Angaben über den Namen, den Sitz, die Gründung, die Mitglieder, die Vorstehenden, die Rassen- und anderen Einrichtungen, das Vermögen und die Beiträge der Vereine. Unterschieden wird zwischen denjenigen Organisationen, die dem Gesamtverbande angehören, und denjenigen, die außerhalb desselben stehen. Der Gesamtverband umfaßt 30 (31) Organisationen, und zwar 7 (8) Unterverbände, sowie 23 Einzelvereine.

Nicht speziell als Unterverband im Gesamtverband bezeichnet, aber in der Statistik aufgeführt, wird der Verband Evangelischer Vereine im Saargebiet der 17 Vereine mit 2197 dem Arbeiter-, 479 dem Handwerker- und 438 anderem Stande angehörenden Mitgliedern zählt.

Die dem Gesamtverband angehörenden Einzelvereine belaufen sich auf 23 mit 4359 Mitgliedern aus dem Arbeiter-, 1854 aus dem Handwerker- und 1209 aus anderen Ständen. 16 haben Bibliotheken, und das Saarvermögen ist mit 37,050 Mark, das Mobilienvermögen mit 5865 Mark angegeben. Der Gesamtverband besteht darnach aus 237 Vereinen mit 52,402 Mitgliedern, von denen 32,822 dem Arbeiter-, 9470 dem Handwerker- und 10,110 anderem Stande angehören. — Die Statistik der außerhalb des Verbandes stehenden Vereine ist weniger eingehend bearbeitet. Sie ergibt 21 Vereine in Rheinland, 9 Vereine in Westfalen, 22 Vereine in Bayern, wo der katholische Charakter der Bevölkerung der Ausbreitung offenbar hinderlich ist, 15 Vereine im Königreich Sachsen, 5 in Schlesien und 9 sonstige, von denen einer in Baden, einer in Hamburg, die übrigen in Preußen ihren Sitz haben, also insgesamt 81 außerhalb des Gesamtverbandes stehende Vereine.

Der Gesamteindruck, den die Statistik macht, ist: daß man es trotz dem Namen nicht mit eigentlichen Arbeiterorganisationen, sondern mit Vereinen aller möglichen Elemente zu thun hat, die mehr oder weniger auf christlich-sozialem Boden stehen. Im Gesamtverbande stehen ca. 20,000 Nichtarbeiter (Handwerker,

Kaufleute, Beamte etc.) gegen ca. 33,000 Arbeiter. Da nun unter den Arbeitern die abhängigen und mehr passiv sich verhaltenden, auch politisch fägameren Elemente vorherrschen, und da als Vorsitzende und tonangebende Personen (sic sind in der Statistik namentlich aufgeführt) die Pfarrer, Lehrer, Beamten, Meister, Kaufleute und Werkführer weit überwiegen, während die Arbeiter, welche den Vorsitz führen, der Zahl nach fast ganz verschwinden, so stellt sich die gesammte Organisation als eine von den Mittelklassen geführte Vereinigung dar.

Was die regionale Verbreitung anlangt, so hat die neue Organisationsform wesentlich ihren Eingang nur gefunden in Mittel-, West- und Süddeutschland. Der Nordosten ist fast gar nicht vertreten. Die Gründungszeit der Einzelvereine fällt nur für eine größere Anzahl rheinisch-vestfälischer Vereine vor das Jahr 1890, in die Mitte und das Ende der 80er Jahre. Die übrigen Organisationen entstanden überwiegend erst seit 1890.

„Soziale Praxis“.

den Zugab aber von uns fernzuhalten. Dieser Beschluss soll nicht öffentlich verhandelt und besprochen, aber privatim und mit allen Mitteln für dessen Durchführung gesorgt werden.

Um solche Machinationen nun erfolgreich abzuwenden, erscheint es uns notwendig, daß sämtliche Verbandsmitgliebern hiervon umgehend Mitteilung gemacht und denselben empfohlen werde, Niemanden einzustellen, der nicht eine ordnungsmäßig ausgestellte Entlassung von seiner letzten Arbeitstelle vorlegen kann.

Wir können nur dringend ersuchen, dieser Anregung Folge zu geben, da wohl nirgends die Solidarität der Interessen aller deutscher zum Vorschein kommt, wie in dieser Frage.

Endlich möchten wir noch darauf hinweisen, daß bei der überall bemerkbaren Gärung in den Reihen der Arbeitnehmer es jetzt wichtiger denn je ist, geschlossen zusammenzutreten, um so von Neuem zu beweisen, daß Einigkeit Kraft macht. Geschlossen, vereint, hoffen wir allen Stürmen widerstehen zu können.

Mit Hochachtung!

Verband Berliner Metall-Industrieller.

Die Vertrauens-Kommission:

Friz Kühnemann.

Verband Berliner Metall-Industrieller.

Geschäftsstelle und Arbeitsnachweis-Stelle Nr. 4, Gartenstr. 160.

Vertrauens-Kommission.

- Mitglieder: Ernst Vorfig, G. Gebauer, H. Henneberg, Paul Hoppe, G. Kräste, E. Rathenau. Stellvertreter: G. Koblert, R. Fied., E. Blum., W. Paffe, W. Saller, Richard Schwarzkopff.

Vorstand der Abteilung I.

- Mitglieder: E. Koblert, R. Fied., E. Blum., W. Paffe, W. Saller, Richard Schwarzkopff. Stellvertreter: G. Koblert, R. Fied., E. Blum., W. Paffe, W. Saller, Richard Schwarzkopff.

Vorstand der Abteilung II.

- Mitglieder: Dr. jur. E. Bachman, G. Blum., E. Frohwein, J. F. A. Schulze, Carl Schäffer, Ferd. Thielemann, Rud. Seidel. Stellvertreter: Dr. jur. E. Bachman, G. Blum., E. Frohwein, J. F. A. Schulze, Carl Schäffer, Ferd. Thielemann, Rud. Seidel.

Die Vertrauens-Kommission des Verbandes Berliner Metall-Industrieller.

Der Vorsitzende: Friz Kühnemann.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Bekanntmachung.

Dem Vorstand gehen in letzter Zeit mehrfach Klagen darüber zu, daß die Ortsverwaltungen an Orten, wo gestreikt wird, Sammellisten herausgeben und damit andere Ortsverwaltungen und die Verbandsbevollmächtigten bedenkeln. Dies ist statutarisch unzulässig, da dies Recht nach § 21 Abs. 15 des Statuts nur dem Vorstand zusteht und daher nur von diesem Sammellisten ausgegeben werden können.

Bei Arbeits-einstellungen, die auf Grund dieses Reglements vom Vorstand nicht genehmigt werden können, deren Berechtigung vom Vorstand aber anerkannt wird, ist der Vorstand befugt, Gelegenheit zur Entgegennahme von freiwilligen Beiträgen zu geben. Der Vorstand hat in Konsequenz dieser Bestimmung hin und wieder die Ortsverwaltung ermächtigt, zu diesem Zweck Sammellisten herauszugeben und am Orte selbst in Umlauf zu setzen.

Sobald der Vorstand die Herausgabe von Sammellisten plant oder diese Listen von hier aus versandt und dies im Verbandsorgan öffentlich zur Kenntnis gebracht. Die Mitglieder können also daraus entnehmen, daß alle anderen ihnen etwa zugehenden Listen ohne Wissen und Willen des Vorstandes

herausgegeben worden sind und sie dementsprechend behandeln.

Sodann ersuchen wir die Verwaltungen, um eine schnelle und thatkräftige Unterstützung der zahlreichen jetzt stattfindenden Kämpfe zu ermöglichen, alle irgendwie entbehrlichen Geldbestände umgehend nach hier einzusenden.

Folgendes Mitgliedsbuch ist unglücklich und aufzuhalten: Nr. 38848 des Werkzeugmachers Joh. Kittstein, geb. zu Wenzelstein am 14. Juli 1864.

Ausgeschlossen wird nach § 8 Abs. 7a auf Antrag der Sektion der Schmiede in Nürnberg der Schmied Ferdinand Müller aus Weismann, geb. am 15. Oktober 1896, Buch-Nr. 19 118, wegen Denunziation.

Auf Antrag einzelner Mitglieder in Meersane der Kesselschmied Oskar Böhm, geb. zu ? am ? ?, Buch-Nr. 109 102, wegen Streikbruchs und Denunziation.

Alle für den Verband bestimmten Geldsendungen sind nur an Theodor Werner, Stuttgart, Neckarstraße 160, I, zu richten, und ist auf dem Postabschnitt genau zu bemerken, wofür das Geld vereinnahmt ist.

Mit kollegialem Gruß Der Vorstand.

B e r i c h t i g u n g .

In Nr. 12 d. J. ist der Antrag Nürnberg in folgender Weise falsch wiedergegeben: Nürnberg (sämmliche Sektionen): Von der Einführung der Arbeitslosenstatistik ist abzusehen.

Der Antrag lautet: Von der Arbeitslosen-Unterstützung ist abzusehen.

Korrespondenzen.

Selbzieher und Gürtler.

Hamburg. Deutscher Metallarbeiter-Verband. Mitgliederversammlung der Selbstzieher, Gürtler, Dreher, Schleifer und aller in diesen Berufen beschäftigten Arbeiter vom 1. April. Kollege Schulz berichtet vom Kartell u. A., daß der Streik der Konfektionsarbeiter in Hamburg wahrscheinlich bald beendet sein würde.

Klempner.

Hamburg. Deutscher Metallarbeiter-Verband. Sektion der Klempner. Mitglieder-Versammlung am 1. April. Nach Verlesung des Protokolls wurde zur Stichwahl der Delegierten zum Gewerkschaftstongress abgegangen. Es wurden 23 Stimmen abgegeben, wovon Schulz 14 Stimmen, Weinheber 9 Stimmen erhielt.

Tage (den ersten Dienstag im Monat) abgehalten ist, zurückgeführt.

Metall-Arbeiter.

Augsburg. Am 28. März hielt die hiesige Verwaltungsstelle eine General-Versammlung ab. Ueber den Kampf ums Dasein referierte Herr Matulat unter allgemeinem Beifall.

Bernburg. Die traurigen Verhältnisse, die noch in einzelnen Fabriken herrschen, können wir nicht fortwährend veröffentlichen, weil stets hinter den betreffenden Wahrgelung lauert.

Bielefeld. Die Mitgliederversammlung am 3. April war gut besucht, es ließen sich 46 Metallarbeiter als Mitglieder in den Verband aufnehmen. Kollege Bunte gab hierauf die 1. Quartalsabrechnung von 1896.

Bielefeld, 7. April. 2500 Arbeiter der Bielefelder Maschinenfabrik Körpff u. Co. beschließen gegen eine Stimme, die Arbeit niederzuliegen. Frankenthal. In der am 3. April vom Agitationskomitee des D. M. V. einberufenen Vorbesprechung über die Lage der Kesselschmiede und Hilfsarbeiter Frankenthals stellten sich Missstände heraus, die verdienen, veröffentlicht zu werden.

Verzinsung bringt Nutzen. Organisiert Euch, so lange Ihr noch bessere Verhältnisse habt, nicht erst, wenn der Lohn so gedrückt ist, daß Ihr kaum das nackte Leben durchbringt.

Freiburg i. B. Am 6. April hielten wir unsere regelmäßige Versammlung ab, welche erfreulicherweise sehr gut besucht war. Es ist dies ein Zeichen, daß dieses Frühjahr ein sehr guter kräftiger Wind durch die Reihen der hiesigen Metallarbeiter geht. Nur müssen sich die dazu geeigneten Personen im Verband Mitte geben, daß das Interesse auch wach gehalten wird. Insbesondere möchten wir die Bauhändler am hiesigen Plage ersuchen, bezugnehmend aber auch die in Fabriken beschäftigten Arbeiter, ihre Hilfe nur im Anschluß an den deutschen Metallarbeiter-Verband zu suchen. Dann werden wir erreichen, was sie schon lange Zeit sich erkämpfen wollten, nämlich die Verkürzung der Arbeitszeit. Auf der Tagesordnung standen zwei Punkte, welche von Interesse für die Mitglieder waren: 1. Berichterstattung der beiden Delegierten von der Offenburger Metallarbeiter-Konferenz. Wie aus dem Bericht zu ersehen war, ist, daß die Metallarbeiter Wabens nirgends auf Rosen gebettet sind, daß die Löhne gerade da, wo die Organisation am schwächsten, am niedrigsten sind. Das ist doch ganz gewiß ein deutlicher Hinweis für die Arbeiter, welche der Organisation kalt gegenüber stehen. Auch wurde auf dieser Konferenz der Beschluß gefaßt (was jedenfalls an anderer Stelle noch berichtet wird), ein Agitations-Komitee zu bilden, welches in zwei Abteilungen zerfällt: eine Abteilung mit 5 Mitgliedern für Oberbaden (Sitz Freiburg), eine Abteilung für Unterbaden (Sitz Karlsruhe), ebenfalls aus 5 Mitgliedern bestehend. Für Freiburg sind folgende Mitglieder gewählt: Gerke, Griebhaber, Günther, Koch und Ketterer. Der zweite Punkt war die Antwort der Herren Bauhändlermeister auf das Zirkular der Gehilfen in Betreff Einführung der geschäftlichen Arbeitszeit und Regelung derselben. Der Bericht über die Antworten war sehr kurz, aus dem einfachen Grunde, weil nur eine Antwort eingelaufen war, und die war nicht einmal unterschrieben. Das läßt tief blicken! Daß die Herren Meister es nicht einmal der Mühe werth hielten, zu antworten, sollten sich doch alle Bauhändler ganz besonders merken, insbesondere diejenigen, die noch nicht in unseren Reihen stehen. Es meinte war einer der Anwesenden, das Zirkular der Gehilfen hätte etwas unterthäniger verfaßt sein sollen, dann wären Antworten gekommen. Es soll aber nur für Arbeiter glauben, daß durch Bitten und unterthänigste Ersuchen etwas erreicht werden kann.

Harburg. Mitglieder-Versammlung des deutschen Metallarbeiter-Verbandes am 28. März. Bei Stichwahl zum Gewerkschaftskongress erhielt Bunte 40, Gemoll 21 Stimmen. Bei der Diskussion über die Anträge zum Gewerkschaftskongress entspann sich eine lebhafteste Debatte. Fast sämtliche Redner sprachen sich gegen das Negativbetrachtungs-Gründung einer allgemeinen Reservekasse für Streikunterstützung aus. Dadurch würden die größeren Gewerkschaften an ihrer Fortentwicklung gehindert und kämen größere Streiks vor, so wäre die Kasse doch nicht leistungsfähig genug. Weiter ging die Diskussion dahin, daß man die Generalkommission auflösen solle, da wir mit den Summen, die wir an die Generalkommission gezahlt haben, doch wohl mehr erreicht hätten und sie sei daher unserer Entwicklung hinderlich. Die Versammlung tritt für Industriebereiche ein und schließt sich dem Antrage des Vorstandes an. Besonders bemerkt wurde noch, daß auch leider Kollege Bunte für den Antrag der Generalkommission zu haben ist. Die Versammlung gibt sich der Hoffnung hin, daß falls Bunte gewählt wird, er auf dem Kongress doch noch eine andere Stellung dem Antrage gegenüber einnehmen wird. Bei Verschleudern wurden die Kollegen ermahnt, bei der diesjährigen Matinee mehr für die Arbeitsruhe einzutreten wie bisher.

Komotau (Böhmen). Der Streik in der Uhrenfabrik von Schlenker u. Kienzle dauert fort. Bis jetzt sind sechs Mann abtrünnig geworden, die uns aber durchaus nicht schädigen können. Der Geist unter den sämtlichen Streikenden ist ein guter. Die Firma versucht es, mit ungelerten, jugendlichen Arbeitern und Mädchen die Arbeit fortzusetzen. Der Zug von Uhrmachergehilfen und deren Hilfsarbeitern ist strengstens fernzuhalten. Alle arbeiterfreundlichen Blätter werden um Abdruck gebeten. Das Komitee.

Mannheim. Die Mitglieder-Versammlung am 28. März d. J. war sehr gut besucht. Auf der Tagesordnung stand: 1) Vortrag des Landtagsabgeordneten Genossen August Dreesbach über: Der derzeitige günstige Geschäftsgang und welchen Nutzen haben die Arbeiter davon? 2) Stichwahl zum Gewerkschaftskongress. 3) Delegirtenbericht. In ca. 1/2 stündigen Ausführungen skizzierte Dreesbach die vielen Vortheile, die die jetzige Geschäftsperiode den Arbeitern bietet und daß sie diese auszunutzen müssen. Er wies darauf

hin, von den Fabrikanten zu lernen, die es trefflich verstehen, die für die Arbeiter ungünstige Zeit zu Lohnkürzungen zu benutzen. Mehrer Vorfälle wurde dem Redner für seine vortrefflichen Ausführungen. In der darauffolgenden Diskussion bezeugten sich mehrere Kollegen, wovon der eine die Mitteilung machte, daß die Bauhändler und Schmiede eine Weipredigt hatten, deren Resultat ergab, eine gewählte Lohnkommission zu beauftragen, sich mit den hiesigen Werkstättenverhältnissen zu beschäftigen. Bei dieser Besprechung wurde auch die Ansicht laut, in einem eventuellen Lohnkampf einzutreten. Kollege Chr. Schneider führt die Verhältnisse von Schwaninger als Beispiel an bezüglich der Lohnverhältnisse, wo ein Gegenstand für 2 Pfg. affordirt und bei der Verrechnung nur 1 Pfg. ausbezahlt wurde. Erst nach hartnäckigem Beharren der Arbeiter auf ihrem Afford erhielt sie denselben ausbezahlt. Ein anderer Kollege, der in genannter Fabrik arbeitete, theilte mit, daß die Ventilation und auch die Schutzvorrichtungen an Maschinen sehr mangelhafte sind und daß schon oft die Mädchen mit den Kleibern und Schürzen daran hängen geblieben sind. Ein dritter Kollege wünschte, daß solche Mängel der bestehenden Beschwerdekommision mitgetheilt werden sollten, um durch die Fabrikinspektion Sorge für deren Abschaffung zu tragen. — Die nun folgende Stichwahl zum Gewerkschaftskongress ergab für Kiemann 52, für Herrmann 21, 2 ungültige Stimmen. Die weiteren Punkte der Tagesordnung mußten der vorgeschrittenen Zeit halber für die nächste Versammlung vertagt werden.

Münster. Zugung von Flaschnern, Metallarbeitern und Metalldrechern usw. ist für sämtliche Metallwaarenfabriken fern zu halten.

Münster. Ueber die opt.-mechanische Spielwaarenfabrik Krauß, Mohr u. Komp. ist die Sperre verhängt.

Nagarsulm. Zugung von Drechern, Schlossern, Schleifern, Arbeitern der Holzpechbrennerei nach Medarsulm ist fernzuhalten.

Offenbach a. M. An die Zahlstellen des 8. Wahlbezirks. Den Zahlstellen zur Kenntniß, daß in der Sitzung des Zentral-Wahlkomitees am 8. April folgendes Resultat festgestellt wurde. Es wurden im Ganzen 672 Stimmen abgegeben. Hiervon entfielen auf Ueber-Appolda 329, Donges-Offenbach 337 Stimmen, ungültig 6. Somit ist Donges gewählt.

Das Zentral-Wahlkomitee. Weingarten, den 4. April. Redaktion der „Deutschen Metallarbeiter-Zeitung, Nürnberg“. Zur Wichtigkeit des Artikels in Nr. 11 Ihrer Zeitung, betreffend Uebelstände einiger Ravensburger Fabriken, diene Nachstehendes: Es ist ja richtig, daß ich den Schlosser Heilmann pro Stunde mit 15 Pfg. gelohnt habe. Allein ich löhne meine Leute weder nach ihrem Alter noch nach ihrer Länge oder Breite, sondern nach ihrer Leistung. Schlosser Heilmann ist einer von denen, die ihre letzten Zeugnisse alle verloren haben. (Wir wissen ja schon weshalb.) Seine ganze Arbeit, die er in seinem ganzen Hiersein (4 Tage) leistete, liegt im alten Eisen und mußte ich ihn am 5. Tage wegen Nichts-Lönnen entlassen. Ich habe demselben nur bezuhalten 1,50 Mk. für 10 Stunden angeseht und ausbezahlt, damit er seine Kost und sein Schlafgeld bezahlen konnte, aber nicht etwa deshalb, weil er so viel verdient hätte, denn verdient hat er nachweislich in 4 Tagen keine 50 Pfg. — Es ist ebenfalls richtig, daß ich den Dreher Brückle am 24. Februar (Montag Abends) gelohnt habe, aber eben deshalb, weil Brückle erstens 3 Tage dazu brauchte, bis er das, was er in 4 Tagen verdiente, betrunken hatte und zweitens am Samstag, den 22. Februar, nachdem er an diesem Tag auch wieder nicht gearbeitet hatte, vor lauter Rausch nicht im Stande war, sein Geld zu holen. (Soll ich dem jetzigen Geld vielleicht nachtragen?) Am Sonntag Früh kam Brückle in meine Wohnung nach Ravensburg mit einem verfallenen und verschwollenen Gesicht und verlangte seine Wohnung, worauf ich ihm erklärte, daß der Samstag der Tag sei, an welchem ich, wie er wisse, Zahlung mache und wenn er gestern zu lächerlich gewesen sei, sein Geld zu holen, dann brauche er jetzt auch kein's und ich werde ihm sein Geld erst am Montag Abend geben, wenn ich gesehen haben werde, daß er einmal wieder einen ganzen Tag im Geschäft gewesen sei. So verhält sich die Sache. Dem Metallarbeiter-Verband Ravensburg wäre anzurathen, späterhin bei ähnlichen Vorkommnissen sich eingehender zu orientiren, anstatt solchen Leuten ohne Weiteres Glauben zu schenken. Schreiber dieses war volle 23 Jahre Arbeiter und weiß recht gut, wie ein solcher behandelt werden soll, weiß aber auch eben so gut, was von einem Arbeiter verlangt werden kann und darf.

Jos. Baer, mech. Werkstätte, Weingarten, Württemberg.

Wandabed. Am 1. April fand die regelmäßige Mitglieder-Versammlung hiesiger Zahlstelle statt. Zu „Innere Vereins-

angelegenheit“ wurde eine Kommission von 3 Mann gewählt zur Schlichtung einer Angelegenheit eines Mitgliedes. Als Ersatz-Delegirte zum Gewerkschaftskongress wurden die Kollegen Hoffmann und Hermann Kost gewählt. Zur Feier des 1. Mal wurde folgender Antrag einstimmig angenommen: „Die organisierten Metallarbeiter Wandabeds erachten es als Pflicht derjenigen Kollegen, die ohne Schädigung ihrer Existenz den 1. Mai durch Arbeitsruhe begehren können, dieses unbedingt zu thun. Kollegen, denen es nicht möglich ist, die Arbeit am 1. Mai ruhen zu lassen, zahlen von ihrem Verdienst 50 Pfg. an den Matfonds.“ — In der Stichwahl zum Gewerkschaftskongress erhielt von 24 abgegebene Stimmen Müller (Kiel) 20 und Fraach (Lübeck) 8 Stimmen, 1 Stimme war ungültig. Es entspann sich dann eine rege Diskussion über den Antrag des Vorstandes zum Gewerkschaftskongress, die schließlich mit der Annahme eines Antrages endete, daß die Metallarbeiter Wandabed an dem Fortbestehen der Generalkommission festhalten. Dieser Antrag wurde gegen 5 Stimmen angenommen. Nachdem Kollege Schneider noch auf die nächste Werkstättenzusammenkunft aufmerksam gemacht hatte und die Kollegen ermahnte, dafür zu sorgen, daß alle Werkstätten vertreten seien, erfolgte nach einem Schlusswort des Vorstehenden, die Arbeitslosenpflicht nicht zu vergessen und dafür zu sorgen, immer neue Mitglieder dem Verbande zuzuführen, Schluss der Versammlung.

Schläger.

Dresden. Zugung von Schlägern nach hier ist fernzuhalten, da das Resultat der Lohnbewegung ein rasches sein muß.

Schwabach. Die Silberbeschlägerarbeiter und -Arbeitstextilen sind nach ordnungsmäßiger Kündigung in den Ausstand getreten. Sie fordern: 10stündige Arbeitszeit und 28 Pfg. für das Schlagen eines Buch Silber, während vorher bei 12 bis 18stündiger Arbeitszeit bloß 25 Pfg. bezahlt wurden. Von 84 Schlägern legten 82, von 190 Beschneiderinnen 170 die Arbeit nieder. Die übrigen Beschneiderinnen arbeiten bei Kleinmeistern, werden sich aber dem Streik verunmöglich auch noch anschließen.

Allgemeine Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter (G. S. 29, Hamburg).

Dresden. Am 22. März Nachmittags 8 Uhr fand in Dresden-W. eine außerordentliche „Zentral-Sitzung“ von 19 Ortsverwaltungen der 16. und 17. Wahlabtheilung statt, welche sehr zahlreich besucht war. Die Tagesordnung war: 1) Stellungnahme zur Generalversammlung. 2) Beratung von Anträgen. 3) Allgemeine Rassenangelegenheiten. Zu Punkt 1 nahm Genosse Holz das Wort und verbreitete sich über die hauptsächlichsten Aufgaben der nächsten Generalversammlung. Es sei vor allen Dingen notwendig, durch eine allgemeine Aussprache sich Klarheit zu verschaffen, um unerfüllbaren Anträgen, welche eine zu große Belastung der Kasse herbeiführten, die Spitze abzubrüchen. Der Vorstand habe in diesem Sinne das Wort ergriffen in der Bekanntmachung betreffend die Generalversammlung, in der die Folgen jedweder Belastung der Kasse mit einer Beitragsberhöhung gezogen werden. Das gehe nicht aus einer Partheizigkeit oder Inhumanität seitens des Vorstandes hervor, sondern das sind eben die „bestimmten Thatfachen“. Anerkennungswert sei es, wenn der Vorstand dem Unfug entgegentritt, welcher mit gebundenen Mandaten getrieben werde, damit nicht solche Kandidaten die meisten Chancen haben, gewählt zu werden, die am meisten versprechen. Unsere regelmäßigen Sitzungen hätten dazu beigetragen, um die Situation insofern zu klären, als von einem Antrag auf Erhöhung der Unterstüßung oder Verkürzung der Beiträge im Voraus Abstand genommen worden ist. Eine der wichtigsten Aufgaben der Generalversammlung wird es sein, den § 10 Abs. 6 in seiner jetzigen Fassung zu ändern. Der Zusatzantrag des Vorstandes habe eine Verwirrung in der Kasse herbeigeführt, nicht nur wegen dessen Härte, sondern auch in Folge der verschiedenartigen Handhabung in den einzelnen Filialen. Der Vorstand sei in diesen Fällen hier auf den guten Willen des Bevollmächtigten angewiesen, von dessen widerrechtlichem oder fahrlässigem Willen das Urtheil des Arztes abhängig. Wenn der einzelne Bevollmächtigte mehr Mensch als Kassendeckler ist, so wird der Vertrauenssatz beeinflusst, sein Urtheil zu Gunsten des Mitgliedes abzugeben, während der gewissenhafte Bevollmächtigte, unbekümmert um seine persönlichen Gefühle, seine Pflicht erfüllt, und damit wird das Mitglied von der Härte dieser Bestimmung getroffen. Redner führt manche Beispiele an, wie grundverleidend die Ärzte über gleichartige Fälle ihr Urtheil abgeben. Aus alledem gehe hervor, daß für die Zukunft niemals der Schwerpunkt in diesem Falle von dem Gutachten des Arztes abhängig gemacht werde. Wenn

in Sachsen die vom Landtag beschlossenen „Arztelkammern“ ins Leben treten, zu deren Beitritt jeder Arzt verpflichtet ist, wird es ganz unmöglich sein, ein für unsere Zwecke passendes Urtheil zu erlangen. Schaffen wir vor allen Dingen einen klaren Wortlaut, welcher jedem Mitglied verständlich ist und der einheitlich gehandhabt werden muß. Dieses erfordert, eine bestimmte Grenze zu schaffen, damit man nicht auf 10 und mehr Jahre zurückgreifen kann. Der Vorstand werde in dieser Frage das natürliche Gegengewicht bilden und wahrscheinlich durch statistisches Material den Nachweis erbringen, daß die Kasse bei Ausbeutung des Bezugs von Krankengeld um 100 000 oder mehr Mark belastet wird, innerhalb einer Geschäftsperiode, und daß für diesen Ausfall ein Ersatz geschaffen werden muß. Damit wären wir bei der Mehrseite der Medaille angelangt. Die Unterstüßung weiter zu kürzen, die Beiträge zu erhöhen oder die Kasse in die verhängnisvolle Gefahr zu bringen, daß wieder Ergänzungsbeiträge erhoben werden müssen, dafür wird sich kein Delegirter entschließen können. Die Behörde verlange aber unmaßsächlich, daß der Reservefond aufgebracht wird. Dies sei das unheimliche Gespenst, das wie ein Alp auf der Kasse laste und jede Bewegung auf eine Verbesserung unterbrücke. Nicht der Reservefond an sich, welchen jede gesunde Kasse haben muß, sondern die Zeit, welche uns zur Aufbringung vorgeschrieben ist, erschwere uns die Existenz. — In Bezug auf das finanzielle Ergebnis der Kasse bilden wir auf zwei außerordentlich günstige Jahre zurück. Dieses günstige Resultat sei nicht nur in der Verkürzung des Krankengeldes, sondern hauptsächlich in dem industriellen Aufschwung zu suchen. Man dürfe sich aber nicht der trügerischen Hoffnung hingeben, daß nach 7 mageren Jahren 7 fette Jahre folgen. Ueberall sieht man, wie die Großbetriebe erweitert und vervollkommen werden und neue Betriebe wie Pilze aus der Erde wachsen. Eine Ueberproduktion und damit ein Rückschlag sei die unausweichliche Folge. Dann kommen wir wieder an die Reihe, welche die Rechnung davon bezahlen. Was solle aber werden, wenn statt Ueberschuß erzielt wieder zugeteilt wird? Hier kommen wir wieder auf denselben Standpunkt, welchen wir schon auf der Aschaffenburgener Generalversammlung vertreten haben, mit dem jetzigen System zu brechen und unsere Kasse aus einer „freten“ Hilfskasse in eine gewöhnliche Unterstüßungskasse umzuwandeln. Die Behandlung, welche dieser Antrag auf der letzten Generalversammlung erfahren, hat nicht dazu beigetragen, uns eines Besseren zu belehren. Wie diesem Antrage haben wir im 16. und 17. Wahlkreise bei Geistesbeschworen und werden sie nicht wieder los, bis das Ziel erreicht ist oder wir von dessen Unausführbarkeit überzeugt werden. Man lege sich vor allen Dingen die Frage vor, was hat das Hilfskassengesetz, nachdem wir auf den § 75 verzichtet haben, für uns für einen praktischen Werth? Nicht den mindesten Vortheil hat es und niemand kann einen solchen auführen. Wir befinden uns in einer steten Unsicherheit und vor uns liegt eine unabsehbare Zeit, ehe der Reservefond aufgebracht wird. Auch wir sind für ein stabiles Rassenverhältnis und haben redlich dazu beigetragen, den Rassenbestand zu erhöhen und werden dieses auch für die Zukunft thun, aber das könne nicht sprungweise, wie es die Behörde verlange, sondern nur allmählich geschehen, damit unseren Mitgliedern dabei etwas mehr zu Gute kommt. Redner gibt eine Reihe Beispiele an von der Bewegungsfreiheit einer gewöhnlichen Unterstüßungskasse im Gegensatz zu einer „freten“ Hilfskasse. Es frage sich nur, ob der Plan ausführbar sei, ohne die Existenz der Kasse zu gefährden. Die Einwendungen, welche der Vorstehende auf der Aschaffenburgener Generalversammlung gemacht habe, seien nicht unbefangenen. Von einem entschiedenen Gegner kann man nicht erwarten, daß unserm wohlgemeinten Antrag ein Dienst geleistet wird. In Dresden seien solche Umwandlungen vor sich gegangen unter der Aufsicht einer Behörde, die sonst keine Rücksichten auf uns nimmt. Wenn die Auflösung der Kasse verlangt werde, so könne das in einer Form auf dem Papier geschehen, ohne daß die geringste Störung eintritt. Bei allen Umänderungen könnten wir in der Hauptsache bleiben was wir sind. Gegenwärtig befinde man sich nicht in einer so kritischen Lage wie vor zwei Jahren und daher könne man, wenn nicht außergewöhnliches vorkommt, bis zur Generalversammlung 1898 die nöthigen Verbesserungen treffen. — Hieran schließt sich eine lebhafteste Debatte, an welcher sich u. A. die Genossen Merfjowsky, Loose, Scharf, Haffe, Kemisch, Maack, Knobloch, Hebel u. s. w. theilnahmen. Nach Schluss der Diskussion wird folgender Antrag einstimmig angenommen: „Die Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter als eingeschriebene Hilfskasse unter Nr. 29 des Registers bei der Behörde in Hamburg freizugeben zu lassen und die Kasse, unabhängig von dem Hilfskassengesetz, behufs Vereinerung zur Aufbringung

des Reservefonds nach gesetzlicher Vorschrift, in eine gewöhnliche Unterkategorie zu ändern.“ Wird vorstehender Antrag angenommen, hierzu folgender Zusatzantrag: „Der Vorstand zu beauftragen, in Gemeinschaft mit der Revisionskommission die Vorbereitungen zu treffen, um die Klasse als eingeschriebene Hilfsklasse in eine gewöhnliche Unterkategorie jederzeit umwandeln zu können. Sollte die Behörde in Hamburg innerhalb der nächsten zweijährigen Geschäftsperiode den Vorstand veranlassen, Extrabeiträge zu erheben, den Vorstand zu verpflichten, sofort die Generalversammlung wieder einzuberufen, um die ev. Umwandlung vorzunehmen. Zu diesem Zwecke wird die Generalversammlung nicht geschloffen, sondern nur vertagt. Die Mandate verlieren ihre Gültigkeit bis zur ordentlichen Generalversammlung 1898, wenn während dieser Zeit Maßnahmen der Behörde nicht getroffen werden.“ — Zu Punkt 2 der Tagesordnung werden folgende Anträge gestellt: § 7: Abs. 4: Eine 6. Klasse einzuführen mit einem wöchentlichen Beitrag von 10 M. — Abs. 7 hinzuzufügen: In zweifelhaften Fällen, insbesondere wenn ein Mitglied bereits Krankengeld bezogen hat und nur als „gebessert“ entlassen worden ist, kann der Uebertritt in eine höhere Klasse vom Vorstand verweigert, oder auf Antrag des Vorstandes bezw. des Bevollmächtigten von einer Untersuchung des Vertrauensarztes auf Kosten des Mitgliedes abhängig gemacht werden. Namen und Hauptnummern der in eine höhere Klasse übergetretenen Mitglieder müssen der Hauptverwaltung mit der nächsten Abrechnung gemeldet werden. — § 10 Abs. 6 letzter Satz: Ist jedoch der Krankengeldbezug mindestens 3 Jahre unterbrochen, so gilt die Krankheit als beendet, wenn das Mitglied während dieser Zeit nicht arbeitsunfähig an ein und derselben Krankheit erkrankt war und an der letzten Krankheit als gesund bezw. arbeitsfähig entlassen worden ist. — § 10 Abs. 7 zu streichen. — § 12 Abs. 6: Dem Bevollmächtigten ist alle 4 Wochen, jedoch auf Veranlassung u. s. w. wie im Statut. — § 14 Abs. 7: Tritt ein Mitglied von einer höheren in eine niederere Klasse, so bleiben die erworbenen Rechte der höheren Klasse auf das Beeridigungsgeld bestehen. Die erforderliche Bescheinigung ist unter der Rubrik der Krankengeldtabelle in das Mitgliedebuch von der Hauptverwaltung bezw. dem Bevollmächtigten einzutragen. Diese Bestimmung erhält rückwirkende Kraft bis zum Jahre 1898. — § 21 Abs. 8: Der Vorstand hat die Entscheidung der Beschwerde innerhalb 14 Tagen vom Tage des Empfanges an dem Bevollmächtigten mitzutheilen und dieser den Beschwerdeführer von dem Urtheile sofort in Kenntnis zu setzen. — § 22 Abs. 1 letzter Satz: Das Urtheil des Schiedsgerichts ist dem Kläger und der Tenor des Urtheils dem Bevollmächtigten innerhalb 4 Wochen vom Tage des Empfanges an mitzutheilen. — § 22 Abs. 2: Das Schiedsgericht besteht aus fünf Mitgliedern der im § 24 bezeichneten Revisionskommission. Als ständiger Obmann fungiert der Vorsitzende der Revisionskommission. — § 24 Abs. 1: Die Revisionskommission besteht aus 5 Mitgliedern inklusive des Vorsitzenden u. s. w. wie Statut. — Allgemeine Anträge: Ein für die gesammte Klasse passendes Agitationszirkular auszufertigen mit entsprechender Auflage. — Den Vorstand zu ermächtigen, die Mittel zur lokalen Agitation zu bewilligen, wenn ein solcher Antrag von wenigstens zwei Dritteln der zu einer Wahlabtheilung gehörenden Filialen gestellt wird. — Zur Betreibung rückständiger Beiträge von ausgeschlossenen Mitgliedern „Zahlungsbefehle“ drucken zu lassen, welche für diesen Zweck abgefaßt sind. — Eine neue Auflage „Mahnformulare“ drucken zu lassen mit etwas höflicherem Inhalt als die bisherigen. — Mit den Monatsabrechnungen in der Metallarbeiter-Zeitung regelmäßig die „Erbefasse“ bekannt zu geben. — Dem Vorstand die Ermächtigung zu erteilen, den Verwaltungsmitgliedern entfernter Filialen vom Sitze einer Wahlabtheilung zum Besuche regelmäßiger Versammlungen die Reisekosten zu bewilligen. — Vorstehende Anträge wurden eingehend begründet und von den Vertretern nachstehender Filialen theilweise einstimmig oder mit mehr oder weniger großer Mehrheit angenommen: Dresden-N., Coswig b. Meissen, Dresden-M., Klotzsche, Loschwitz, Meissen, Rausch b. Pleßchen, Kaddeub., Labenberg, Böttau, Cotta, Deuben, Gorbitz, Raubergast, Oberpfeiferwitz, Plauen b. Dresden, Potschappel und Bischebge.

An die Textilarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands u. des Auslandes.

Nach uns aus zuverlässiger Quelle gewordenen Mittheilung wird von den Arbeitgebern von Kottbus in allen Städten der Provinz gemacht werden, Weber und Weberinnen nach hier zu ziehen, um mit Hilfe fremder Arbeiter nach den Feiertagen den Betrieb zu eröffnen.

Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands! Wir erwarten, gestützt auf Euer bisheriges Solidaritätsgefühl, daß sich Niemand von Euch dazu wird gebrauchen lassen, den streikenden Kollegen und Kolleginnen in den Rücken zu fallen. Alle Anfragen an Carl Ulrich, Kottbus, Kaiser Wilhelmplatz 48. Wir bitten stämmliche Arbeiterblätter um Abdruck dieser Zeilen. Das Komitee der streikenden Textilarbeiter-Schaft von Kottbus.

An die Mitglieder der 9. Wahlabtheilung des D. M.-V. Zur besonderen Beachtung der Orts-Beamten.

Nach Beschluß der Müßbacher Bezirkskonferenz findet am 14. Mai in Sudwigshafen a. Rh., im Lokale Koob, Büdcken-aufgang, eine Konferenz statt mit der Tagesordnung:

1. Stellungnahme zu den Beschlüssen der Konferenz in Offenburg.
2. Wahl des Sitzes des Agitations-Komitees.
3. Verschiedenes.

Mit Gruß!
G. Polke, J. Meißel,
Vorstand. Schriftführer.

Gerichts-Zeitung.

Was ist „Werkmeister“ etc. im Sinne des § 133a der Gewerbeordnung? Diese Frage behandelt W. Cuno-Werlin in den Mittheilungen des Verbandes deutscher Gewerbevereine. Er führt aus: Das deutsche Arbeiterchutzgesetz, der Titel VII der Gewerbeordnung, enthält einen eigenen Abschnitt über die Verhältnisse der Betriebsbeamten, Werkmeister, Techniker (Abschnitt III, §§ 133a—e), worin ihnen längere Kündigungsfristen bewilligt werden. In dem unterliegenden nicht alle Angehörigen, welche jene Bezeichnung führen, den Bestimmungen des genannten Abschnittes. Das Gesetz stellt vielmehr einzelne bestimmte Merkmale auf, welche erforderlich sind, wenn der Werkmeister laut den Spezialbestimmungen jenes Abschnittes über die Kündigung unterliegen soll. Zu diesen Merkmalen gehört namentlich, daß der Werkmeister gegen „festen Bezug“ beschäftigt sein muß. Ursprünglich hatte der Regierungsentwurf vorgeschlagen: Der Werkmeister pp. müsse „gegen feste mindestens monatlich bemessene Bezüge“ beschäftigt sein. Auf Antrag der Reichstagskommission wurden die gesprochene druckten Worte gestrichen. Zur Begründung der Streichung wurde bemerkt, es sei Thatsache, daß manchenorts Werkmeister auch in kürzeren Fristen als monatlich ihren Lohn erhalten (Kommissionsbericht S. 69). Nach der jetzigen Fassung sind also zwar solche Werkmeister von der Anwendbarkeit des § 133a ff. ausgeschlossen, welche in Monats- oder Stichtagslohn beschäftigt sind, weil sie nicht „feste“ Bezüge erhalten. Dagegen ist es für gleichgültig zu erachten, in welchen Fristen jemand seinen Lohn erhält, sofern er nur Anspruch auf „feste“ Bezüge hat. Die Begriffsbestimmung scheint eine unzweifelhaft klare zu sein. In dessen das Landgericht in Berlin hat auch bei dieser Frage im Widerspruch mit der von allen acht Kammern des Berliner Gewerbegerichts übereinstimmend befolgten Praxis in wiederholten Entscheidungen ausgesprochen, daß Wochenlohn nicht als fester Bezug im Sinne des § 133a anzusehen sei. Die Entscheidung hat in den beteiligten Kreisen Aufsehen erregt und ist in der Fachpresse zum Gegenstand der Erörterung gemacht worden. Ihre praktische Bedeutung rechtfertigt eine eingehende Besprechung. Das Landgericht führt zur Begründung seiner Ansicht Folgendes aus (Zivilkammer 8, Urtheil vom 18. September 1895): „Die in dem ursprünglichen Gesetzentwurf enthaltene Bestimmung, wonach mindestens monatliche bemessene Bezüge verlangt worden, ist von der Reichstagskommission nach Maßgabe der jetzigen, zum Gesetz gewordenen Fassung geändert worden. Inmehrin ist die Tendenz der fraglichen Gesetzesbestimmung hinsichtlich des Erfordernisses der „festen Bezüge“ auch bei der jetzigen Fassung klar erkennbar. Das nach § 133a der Gewerbeordnung bestimmte Vorrecht einer weit ausgedehnten Kündigungsfrist soll nur solchen Werkmeistern bezw. Technikern zu Gute kommen, welche sich auch nach der Art und Weise des Bezuges ihrer kontraktmäßigen Entschädigung aus dem Kreise der einfachen Arbeiter hervorheben. Letzteres ist aber nicht der Fall, wenn diese Entschädigung nicht anders gezahlt wird, als es bei den gewerblichen Arbeitern im Allgemeinen üblich ist. Die wöchentliche Lohnzahlung ist keinesfalls eine solche, welche als ein fester, gehaltartiger Bezug, den das Gesetz als Vorbedingung für die vom Kläger beanspruchte längere Kündigungsfrist fordert, angesehen werden dürfte. Die Lohnzahlung in wöchentlichen Fristen ist vielmehr eine weitverbreitete und allgemein übliche, welche

unterschiedslos den einfachen Arbeitern in den verschiedenartigsten Gewerbebetrieben gewährt wird. Bandmann stellt (in der 2. Auflage seines Kommentars S. 201) denn auch mit Recht den bloßen „Stich“, Tage- oder Wochenlohn“ den „festen Bezügen“ gegenüber. Während also bei Feststellung des Gesetzeswertes davon abgesehen ist, den Begriff „fester Bezug“ von einer gewissen Mindestdauer der Lohnzahlungsfrist abhängig zu machen, hat das Landgericht das Gesetz so ausgelegt, als ob dort stände „gegen feste Bezüge, die nach größeren Fristen als die übliche gewöhnlicher Arbeiter bemessen werden (gehaltartiger Bezug)“. Vielfach sind für Arbeiter 14tägige Lohnzahlungsfristen üblich. Ein gegen 14tägige bemessenen Lohn angemessener Werkmeister würde sich also auch noch nicht von dem einfachen Arbeiter hinsichtlich des Lohnes unterscheiden. Gehaltartig wäre solcher Bezug auch nicht. Indirekt verlangt also das Landgericht, da andere Fristen kaum vorkommen dürften, daß der Werkmeister Monatslohn beziehe, legt also im Ergebnis das Gesetz so aus, als ob der vom Reichstage gestrichene Passus des Entwurfes noch darin stände. Wie steht es aber mit der Behauptung des Landgerichts, es sei allgemein üblich, daß der gewöhnliche Arbeiter Wochenlohn beziehe? Der Arbeiter erhält meist wöchentlich seinen Lohn ausgezahlt. Damit ist aber nicht gesagt, daß er Wochenlohn als festen Bezug hat. Der Ausdruck Wochenlohn bedeutet eben Verschiedenes, entweder will er die Frist bezeichnen, innerhalb deren der Lohn gezahlt wird (wöchentlicher Lohn) oder er dient als Maßstab für die wöchentliche Lohnhöhe (Lohn für eine bestimmte wöchentliche Stundenzahl), oder er gibt die Lohnhöhe selbst unabhängig von ohne Rücksicht auf Zahl der Arbeitsstunden (Wochenlohn als fester Bezug). — In vielen Gewerbezweigen in Berlin kennt man einen Wochenlohn im letzteren Sinne nicht. Wochenlohn bedeutet dann beispielsweise: Der Arbeiter erhält bei der Lohnzahlung, sofern er 5-10 Stunden gearbeitet hat, einen bestimmten Lohnsatz, wenn er aber weniger gearbeitet hat, wird ihm für die fehlenden Stunden ein Abzug gemacht, hat er Ueberstunden gemacht, so verlangt er je besonders bezahlt. Wochenlohn bedeutet also nur, daß für eine bestimmte übliche in der Woche geleistete Stundenzahl ein bestimmter Lohn gezahlt wird, ist also eine Umschreibung für wöchentlich zahlbarer Stundenlohn. Im Malergewerbe ist das besonders eklatant. Wenn jemand Anspruch auf 21 M. „Wochenlohn“ hat, berechnet auf täglich neunstündige Arbeitszeit, so erhält er im Winter, wenn vielleicht nur 7 1/2 Stunden täglich gearbeitet wird, nicht 21 M., sondern nur 17 1/2 M. — Wochenlohn ist also nicht immer ein fester Bezug, vielmehr (wie anscheinend auch Bandmann in der vom Landgericht zitierten Stelle annimmt) dem Stundenlohn gleichartig. Wochenlohn kann aber auch fester Bezug sein; nämlich dann, wenn der Arbeiter ohne Rücksicht auf die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden Anspruch auf eine feste Summe bei der Lohnzahlung hat. — Ob Wochenlohn eine eine oder die andere Bedeutung hat, ist oft schwer feststellbar. Im Zweifel wird man für die letztere Auslegung sich entscheiden müssen. Das Landgericht greift also fehl, wenn es zur Interpretation des Wortes „fester“ Bezug die Zeit heranzieht, für welche der Bezug bemessen wird. Das Gesetz gibt keinen Fingerzeig für solche Auslegung. Fester Bezug ist ein im Voraus bestimmter, von der Dauer oder dem Ergebnis der Thätigkeit nicht beeinflusster Lohnbetrag im Gegenlag zur Lohnzahlung nach Maßgabe der Arbeitsleistung, mag diese nach Zahl der Arbeitsstunden oder Tage oder nach Stich, Ausmaß bemessen werden. Ob aber der feste Bezug wochenweise oder monatweise normirt ist, macht mangels einer Unterscheidung im Gesetz keinen Unterschied. Für die Anwendbarkeit des § 133a ist also nur die Feststellung erforderlich, ob der Wochenlohn ein fester Bezug in dem dargelegten Sinne ist. Diese Betrachtung weist uns darauf hin, wie wichtig doch die Kenntnis des Sprachgebrauchs im Volke für Feststellung juristischer Begriffe ist. Der Grund, weswegen das Berliner Landgericht in vielen Fragen diametral entgegen der Praxis des Gewerbegerichts entscheidet, liegt darin, daß es ohne Kenntnis des praktischen Lebens sich formale Rechtsbegriffe schafft. Das gelehrte Gericht kommt zu selten mit den einschlägigen wirtschaftlichen Verhältnissen in Berührung, und auch dann nur durch den Mund gelehrter Rechtsanwälte, als daß dort solche Unterschiede, wie die verschiedene Bedeutung des Begriffs Wochenlohn, gemacht werden könnten, die nur aus der Fülle der Praxis heraus zu erkennen sind. Sollte in dieser Beobachtung nicht der Schlüssel liegen für die so oft beklagte Unfruchtbarkeit unserer Jurisprudenz, ihres Widerspruch mit den Bedürfnissen des praktischen Lebens?

Vermischtes.

Sächsische Fabrikinspektion im Landtage. Die Bilanz der sächsischen Fabrikinspektion vor der Volkabtreterung wurde in der 60. ordentlichen Sitzung der 2. Kammer zu Dresden vom 11. März d. J. gezogen. Die Verhandlung bot das interessante Bild, daß mehrfach schwere Angriffe gegen die Fabrikinspektoren vom Unternehmerstandpunkte aus, bei denen der Verlehr der Beamten mit den Arbeitern, ihr „Ueberreifer“ in Sachen des Arbeiterthums und ihr Ueberreifen über die bloße Unfallversicherung die Hauptbeschwerdepunkte bildeten, nur von zwei konservativen Abgeordneten ausgingen, während der nationalliberale Unternehmer und Abgeordnete einer Vermehrung der Inspektoren, einer Anstellung von Arbeitern als Assistenten und Konferenzen der Beamten zustimmte, wenn er auch wünschte, daß die Arbeiter sich zunächst an die Fabrikanten, nicht an die Aufsichtsorgane wenden möchten. Ein positives Reformprogramm entwickelten die sozialdemokratischen Abgeordneten, indem sie beantragten und ausführlich begründeten: 1. die Trennung der Dampfseilrevision von der Gewerbeinspektion, 2. Vermehrung der Inspektoren und Anstellung geeigneter Arbeiter als Assistenten, 3. Anstellung weiblicher Beamten und 4. Ausdehnung der Inspektion auf das Baugewerbe. Sie stellten dabei fest, daß in mehreren Bezirken mehr Kessel als Fabriken existirt würden, daß die technische Qualifikation bei den Beamten zu sehr vorwiege, daß die Verläste um so milderwertiger seien, einen je größeren Bezirk der Beamte habe, und daß die Regierung, wie an einem konkreten sächsischen Beispiel nachgewiesen wurde, den Verkehr der Inspektoren mit den Arbeiterorganisationen und umgekehrt geradezu verhindere. Der Regierungsvertreter erwiderte, daß „nur“ 1/10 der Zeit der Beamten durch die Kesselrevision weggenommen werde, weil nehmend ein Kesselfabrikationsverein mehr, der 23 Prozent aller Kessel herstellt. Die Regierung halte deshalb die Trennung der beiden Funktionen nicht für geboten. Dagegen, daß auch Arbeiter als Assistenten angestellt würden, sei „an sich und im Prinzip nichts einzuwenden“. Wegen der Anstellung weiblicher Beamten werde man sich aussprechen, wenn der gesonderte Deputationsbericht darüber vorliege. Als dann stimmte die Kammer der Trennung der Kessel von der Gewerbeinspektion zu, wobei die Unternehmer in der Kammer offenbar Erleichterungen für ihren Betrieb voraussetzten, während der Antrag auf Vermehrung der Beamten und Anstellung von Arbeiter-Assistenten der Regierung zur Kenntlichnahme, der Antrag betr. Ausdehnung der Inspektion auf das Baugewerbe zur Erwägung überwiesen wurde.

Fabrik-Inspektion in Sachsen-Weimar. Mit dem noch etwas abgemilderten Zustande der Fabrikinspektion im Großherzogthum Sachsen-Weimar, das einen gemeinsamen Gewerbeaufsichtsbeamten mit dem Großherzogthum Sachsen-Coburg hat, beschäftigte sich der weimarsche Landtag in seiner Sitzung vom 22. Februar. Während die Regierung im Vorjahre auf eine Interpellation des sozialdemokratischen Abgeordneten Wandert hin noch erklärt hatte, daß die erste alle zwei oder drei Jahre in den Gewerbeamtur-Berichten stattfindende Veröffentlichung der Jahresberichte der Beamten „zweckmäßiger“ sei, als die alljährliche Drucklegung durch das Regierungsblatt, stellte sich der Staatsminister Dr. Groß jetzt nicht mehr ganz auf diesen Standpunkt, sondern betonte gerade die Wichtigkeit der Verbreitung des Berichtes durch die Presse. Der Ausschuss für Verwaltungs-Gesetzgebung beantragte deshalb durch seinen Berichterstatter, Abg. Kolb: die Eingabe der Gewerkschaftskommission in Weimar dahin, daß die Jahresberichte der Fabrikinspektion alljährlich durch das Amtsblatt veröffentlicht werden sollen, „dem Staatsministerium zur Kenntlichnahme und eventuellen weiteren Verfügung abzugeben.“ Weiter hatten die vereinigten Gewerkschaften in Apolda beantragt, daß der Aufsichtsbeamte durch seine Inspektion zur öffentlichen Bekanntgabe seiner Sprechstunden angehalten, sowie daß ihm für jeden Berufszweig ein Arbeiter als Assistent beigegeben werden solle. Für die geringe Sorgfalt, mit welcher derselbe Ausschuss diese Anträge vorberathen hatte, sprach die Thatsache, daß er für die Plenaritzung beantragte, den ersten Wunsch der Regierung „zur wohlwollenden Erwägung zu überweisen“ und den zweiten abzulehnen, in der Plenaritzung selbst aber den letzteren Antrag abänderte und sich zu dem zweiten Wunsch ebenso sympathisch stellte, wie zu dem ersten. Auch diese Anträge wurden vom Plenum angenommen, während sich die Regierung überhaupt nicht zu ihnen äußerte. In den Debatten kritisirte der Abg. Wandert unbarmherzig die Mangelhaftigkeit der Aufsicht und der Berichterstatterung. 1894 habe der Inspektor überhaupt nur 58 Revisionen vorgenommen, seine Lohnangaben seien unrichtig, die Zahl der für Arbeiterinnen erlaubten Ueberstunden relativ

doppelt so groß als in Preußen. Freilich erhalte der Beamte auch nur ein „Schutzmanns-Gehalt“, und dafür könne er nicht viel leisten (1150 M jährlich). Außerdem müsse er noch für jeden Verwaltungsbezirk, in welchem größere Betriebe mit Arbeiterinnen vorhanden seien, weibliche Aufsicht erhalten. Die übrigen Bedner brachten sachlich nichts weiteres zur Sprache; es ging ihnen offenbar wie dem Staatsminister, der erklärte, er sei, „ohne das Material zur Verfügung zu haben, nicht in der Lage, auch nicht vorherzusehen, wie eine ausführliche Beantwortung eintreten zu lassen.“ Aber sie stellten sich doch sympathisch zu den von den Arbeitern erhobenen und auch beinahe selbstverständlichen Reformforderungen, so daß zum ersten Mal auch in dieser Volksovertretung einstimmige Reformbeschlüsse bezüglich der bisher völlig vernachlässigten Fabrikinspektion zu Stande kamen. Insbesondere sollte durch die Annahme der Anträge auch die Sympathie des Landtages für irgend eine Art weiblicher Fabrikinspektion ausgedrückt werden.

Litterarisches.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, J. P. W. Dieck Verlag) ist jochen das 28. Heft des 14. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Geschichts-Wissenschaftliches. — Die biederliche Wahlreform. Von Karl Leutner. — Zwei bisher unbekannt Aufsätze von Karl Marx aus den vierziger Jahren. Ein Beitrag zur Entstehungsgeschichte des wissenschaftlichen Sozialismus. Von Peter v. Struve. (Schl.) — Ein „Frauen-drama“ und eine Frauen-philosophie. Von Parvus. — Feuilleton: Das Ende vom Liede. Eine Geschichte von Konrad Zeitman. (Fortsetzung.)

Im Verlage von J. P. W. Dieck in Stuttgart ist jochen erschienen: Die Geschichte der englischen Arbeit (Six Centuries of Work and Wages). Von J. E. Thorold Rogers. Autorisierte Uebersetzung von Max Panwitz. Revidiert von Karl Kautsky. Preis brosch. M 6, gebd. in Leinwand M 8,50, in Halbfranz M 7,50. Gleichzeitig mit der Herausgabe der „Geschichte des Britischen Trade Unionismus“ hat sich die Verlagshandlung entschlossen, auch die „Geschichte der englischen Arbeit“ des Oxford-Professors Thorold Rogers in deutscher Uebersetzung erscheinen zu lassen. Das Buch ist eines der zuverlässigsten und bedeutendsten Werke über die Wirtschaftsgeschichte Englands vom dreizehnten bis ins neunzehnte Jahrhundert. Es schildert das „goldene Zeitalter“ der englischen Arbeiterklasse, zeigt, wie sie „ohne alle Zwischenscheidungen in das eiserne fällt“, und wie der Fortschritt der kapitalistischen Produktion den Arbeiter immer mehr begräbt, bis er im Anfange unseres Jahrhunderts in England so tief gesunken ist, daß er hier nicht mehr stehen kann. Am hervorragendsten sind jene Partien des Buches, welche die Zustände in der älteren Zeit behandeln. Soweit die Gegenwart in Betracht kommt, wird es abgedruckt von dem Buche von E. und W. Webb über den Britischen Trade Unionismus. Beide Werke ergänzen einander und bieten vereint einen tiefen Einblick in die Geschichte des englischen Proletariats, und sind vermöge der weltgeschichtlichen Bedeutung, welche die Industrie und die Arbeiterbewegung Englands gewonnen haben, von allgemeinem Interesse. Die Käufer von Webb's „Geschichte des Britischen Trade Unionismus“ werden auch Käufer von Rogers' „Geschichte der englischen Arbeit“ sein. Mindestens sollten die Arbeiter-Bibliotheken sich in den Besitz des Buches setzen.

Verbands-Anzeigen.

In jeder Versammlung werden neue Mitglieder aufgenommen und können Beiträge bezahlt werden.

- Jachen. Samstag, 18. April, Abends halb 9 Uhr, Elfschornsteinstr. 8, Mitgliederversammlung.
Altenmelle. Samstag, 18. April, im Vereinslokal, Mitgliederversammlung.
Alt- und Pengersdorf. Sonntag, 19. April, 3. Abends in der „Felsenmühle“.
Berlin-Öst. Umstände halber findet die Generalversammlung nicht am 18., sondern Sonntag, 25. April, Abends halb 9 Uhr, bei Wilske, Andreasstr. 26, statt. Mitgliedsbuch legitimiert.
Döbeln i. S. Sonnabend, 25. April, auf der „Mühlenterrasse“. Fortsetzung der Vorlesung: „Die Weber“.
Hülfeldorf. Samstag, 18. April, Abends halb 9 Uhr, Mitglieder-Versammlung

- bei Herrn Schwarz, Schützen- und Verresheimstr. 6.
Essen. Sonntag, 19. April, Vormittags 11 Uhr, Mitglieder-Versammlung im „Volkstheater“.
Frankfurt a. M. (Allg.) Samstag, 18. April, Abends halb 9 Uhr, im „Grünen Wald“, Alterhelligenstr. 28b, Mitglieder-Versammlung. Vortrag von Gen. Brand über: Kapitalismus und Heilande.
Frankfurt a. M. (Sekt. der Mechaniker.) Montag, 20. April, Abends halb 9 Uhr, Mitglieder-Versammlung mit Vortrag über: Heinrich Heine und seine Dichtung. Von S. C. Graf. Abrechnung vom 1. Quartal. Bestimmung des Ausflugs an Himmelfahrt.
Freiburg i. B. Samstag, 18. April, Abends halb 9 Uhr, bei Schwane, Mitglieder-Versammlung. Mitglieder-Bücher sind zur Kontrolle mitzubringen. — Die Restanten werden aufgefordert, ihre Beiträge zu begleichen.
Glogau. Den reisenden Kollegen zur Kenntnis, daß das Reisegeld von jetzt ab nur bei Herrn Trunt, Landenstr. 11, und zwar Wochentags von 8—9 Uhr Abends und Sonntags von 11—12 Uhr Vormittags ausgehört wird.
Görlingen. Sonntag, 19. April, Abends 7 Uhr, im Gasthaus zum „Älwen“ Stiftungsfest, bestehend in Festrede von Kollegen Rainbach-Karlruhe, Mühl, Glang, kohlischen Vorträgen und Tanz. Eintritt 20 J.
Grünberg i. Schl. Alle Sendungen sind an den jetzigen Bevollmächtigten, A. Mühl, Schartenborferstr. 4, zu richten. — Von nun ab wird die „Met.-Arb.-Blg.“ gegen Entrichtung von monatlich 5 J ausgehtagen. — Das Reisegeld wird jetzt von Kollegen A. Schöpe, Büllschauerstr. 16, ausbezahlt.
Hannover. (Sektion der Schmiede.) Dienstag, 21. April, Abends halb 9 Uhr, bei Branding, Langestr. 2, Versammlung mit Vortrag.
Hamburg. Sonnabend, 25. April, Abends halb 9 Uhr, bei Wwe. Kesser, Mitglieder-Versammlung. Vortrag. Abrechnung vom 1. Quartal.
Heidenheim. Samstag, den 18. April, Abends 8 Uhr, Mitglieder-Versammlung im Lokal. Besprechung eines Ausflugs nach Schw.-Gmünd. — Die Restanten werden aufgefordert, ihren Verpflichtungen nachzukommen.
Karlsruhe. Samstag, 18. April, Abends halb 9 Uhr, Mitglieder-Versammlung bei Rainbach, Kaiserstr. 13. — Adresse des Bevollmächtigten: Feinr. Wader, Schlosser, Kaiserstr. 45, 5b.
Kiel. Jeden Dienstag, Abends 9 Uhr, Versammlung bei J. Imhof, Perlegraben 36.
Judenwalde. Sonnabend, 18. April, Abends halb 9 Uhr, bei Herrn D. Schulze, Deelstr. 34, Mitglieder-Versammlung.
Mühlhausen i. Th. Sonnabend, den 25. April, Fortsetzung des Vortrags: „Die Sternwelt“. Es wird ersucht, sämtliche Bibliothekbücher abzugeben. — Die Restanten wollen ihren Verpflichtungen baldmöglichst nachkommen.
Münsterberg. (Sektion der Flaschner.) Samstag, 25. April, Abends 8 Uhr, Mitglieder-Versammlung im „Gold-Mischer“ (Dölschmannsplatz).
Münsterberg. (Sektion der Schmiede u. v. d.) Samstag, 25. April, Abends halb 9 Uhr, Mitglieder-Versammlung im „Sammerthal“.
Osnabrück. (Allg.) Sonnabend, den 25. April, Abends halb 9 Uhr, Mitglieder-Versammlung im Lokale des Hrn. Senger.
Plein. Dienstag, 21. April, Abends, Mitglieder-Versammlung bei Harzenstein. Bericht von der Bezirkskonferenz. Neuwahl der Delegierten zum Gewerkschaftskartell. Auf welchen Abend verlegen wir unsere Versammlung. Aufnahme der Wohnungsadressen betreffs der Zeitungskolportage. — Um endlich eine Regelung in unseren Verbandsangelegenheiten zu erzielen, wird um vollständiges Erscheinen ersucht.
Pforzheim. Samstag, den 18. April, Abends 8 Uhr, Mitglieder-Versammlung im Gasthaus zum „Gold-Älwen“. Bericht von der Offenburger Konferenz. Wahl eines Revisors (Schiffsführer). Wahl eines Delegierten zum Gewerkschaftskartell.
Pflanzen i. B. Sonnabend, 18. April, Abends halb 9 Uhr, Mitglieder-Versammlung im „Deutschen Hof“, Fürstenstraße.
Rathenow. (Allg.) Sonnabend, den 25. April, Abends halb 9 Uhr, Mitglieder-Versammlung in der „Erholung“.
Regensburg. Sonntag, den 26. April, Vormittags halb 10 Uhr, Mitglieder-Versammlung im Gasthaus zum „Edelweiß“.
Schw.-Gmünd. Samstag, 18. April, Abends 8 Uhr, Versammlung im Lokal. Wegen wichtiger Angelegenheiten werden die Mitglieder ersucht, zahlreich zu erscheinen.
Schweinfurt. Samstag, 25. April, Metallarbeiter-Versammlung im Frank-

- Hof. Quartalsabschluss. — Die Mitglieder werden ersucht, ihre Mitgliedsbücher wegen Kontrolle mitzubringen.
Schweinfurt. Sonntag, 19. April, Abends halb 9 Uhr, Mitglieder-Versammlung.
Stettin. Sonntag, den 25. April, Abends 8 Uhr, Mitglieder-Versammlung bei Burow, Rosengarten 6. Vortrag. — Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß unsere regelmäßigen Versammlungen am 2. und 4. Sonnabend eines jeden Monats stattfinden.
Stuttgart. Samstag, den 18. April, Abends 8 Uhr, Mitglieder-Versammlung im Lokal Hirsch. Vortrag von Kollege Meichel. Abrechnung vom letzten Quartal. Gewerkschaftsbericht.
Willingen. Samstag, 18. April, Abends 8 Uhr, Mitglieder-Versammlung in der Bierbrauerei Dtt.
Zerbst. Sonnabend, 25. April, Abends halb 9 Uhr, Mitglieder-Versammlung bei Hennemann, Südenstraße.
Allgem. Franken- und Sterbekasse der Metallarbeiter.
Hamburg. Das Lokalkomitee zu den Vorarbeiten für die Generalversammlung hat sich konstituiert. Dessen Vorsitzender ist Kapl. Ropp, unt. Königsstr. 15, Gasth. „Rothem Ochsen“. Die Generalversammlung findet im Restaurant „Rosenau“, Soffenstraße, statt. — Alle Anfragen, betr. Quartier zc. sind an R. Ropp zu richten.
Öffentl. Versammlungen.
Dresden. A. Sonnabend, 25. April, Abends halb 9 Uhr, öffentliche Metallarbeiter-Versammlung im „Lionon“. Die Bedeutung des 1. Mal. Referent: Mediz. Dr. Gen. Eichhorn. Gewerkschaftsangelegenheiten.
Hülfeldorf. Sonntag, 19. April, Vorm. 10 Uhr, bei Herrn Hechmanen (Bill), Martinstraße 81, große öffentliche Metallarbeiter-Versammlung. Die Arbeiter der Emailwerke: Weisküller & W. Wortmann, Elbers und Hüb, sowie die Arbeiter der Fahrradfabrik Schiffers & Stinshoff werden hiermit ganz besonders eingeladen.
Heilbronn. Samstag, 18. April, Abends 8 Uhr, öffentliche Metallarbeiter-Versammlung. „Die heutige Lage in der Metallindustrie“. Referent: Kollege Schlichter-Stuttgart. Sämtliche in der Metallindustrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen sind hierzu eingeladen.
Kiel. Öffentliche Klempererver-sammlung am Dienstag, 21. April, Abends 8 Uhr, in den „Zentralhallen“ (oberer Saal). Die Bedeutung des 1. Mal. Stellungnahme zur Arbeitsruhe. Die Lohnverhältnisse der Kieler Klemperer.
Magdeburg-Alte-Meustadt. Montag, 20. April, Abends halb 9 Uhr, im Gesellschaftshaus zur „Krone“, Moldenstraße 43, öffentliche Versammlung aller in der Metallindustrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen. Die Großproduktion und die Notwendigkeit der Organisation. Referent: Reichstagsabgeordneter W. Riess. — Die Mitglieder obiger Verbände sind für den Besuch dieser Versammlung die rege Agitation entgegen und so unserem Verband neue Kämpfer zuzuführen.
Stuttgart. Dienstag, 21. April, Abends 8 Uhr, im großen Saale zum „Hirsch“, große öffentliche Metallarbeiter-Versammlung. Der Werth der Verkürzung der Arbeitszeit in der gegenwärtigen günstigen Geschäftsperiode. Referent: Mohrhard-Berlin.

Anzeigen.

- Der Schlosser Paul Thiel, B.-Nr. 68437, angeblich nach Berlin abgereist, wird ersucht, seinen Verpflichtungen nach hier nachzukommen. Um Mitteilung der Adresse Th's. wird ersucht.
Ortsverwaltung Köln.
Der Schlosser Gust. Wichter, Buch-Nr. 98 688, eingetreten am 1. Jan. 1896 in Rathenow und der Former Ed. Jarsch, B.-Nr. 110 949, eingetreten am 9. Dezember 1895 in Altenburg, werden ersucht, die der Bibliothek entnommenen Bücher einzuliefern. Die Verwaltungen werden gebeten, die Betr. darauf aufmerksam zu machen.
Allg. Verwaltungsoff. Rathenow.
Der Schlosser Josef Grieb aus Regensburg, B.-Nr. 98 469, wird hiermit aufgefordert, seine Verpflichtungen gegen die Ortsverwaltung Karlsruhe nachzukommen. Die Ortsverwaltungen, denen die Adresse des Genannten bekannt, werden ersucht, uns dieselbe umgehend mitzutheilen.
Der Klemperer E. Pilorat aus Kottbus, wird ersucht, seinen Verpflichtungen in Celle baldmöglichst nachzukommen.

Ein Former und zwei Dreher werden auf gut lohnende Artikel und dauernde Arbeit gesucht von
Oskar Jungmann, Schleich, Bgl., Fabrik für Gas- und Wasserleitungs-Gegenstände.
Ein junger, thätiger Feilen-schleifer findet sofort dauernde Beschäftigung bei Friedrich Fuchs, Feilenbauerei und Schleiferer, Lieberich a. Rh.
Suche sofort einen thätigen Feilen-hauer auf starke Mittelorten. Dauernde Stelle.
Nikolaus Domm's Wwe., Neuwied a. Rh.
Gesucht thätiger, tüchtiger Feilen-hauer auf Groß- und Mittelfeilen. Hambur-ger Alfordstraße. Arbeit dauernd.
Jul. Buchholz, Kiel, Feilenhauerer und Dampf-schleiferer.
Sofort wird ein jüngerer Feilenhauer gesucht bei J. Greber, Feilenhauer, Dillstein i. S.
Tüchtige Former für Maschinenteile stellt sofort ein Baldun Beckstein, S. Altenburg.
Eine flottgehende Dampfmaschine mit Haus-grundstück und Boden in bester Lage einer Badedstadt Thüringens ist wegen halber sofort zu verkaufen. Näheres in der Exped.
Eeben erziehen: August Doß.
Praktischer Selbstunterricht im Gewindefschneiden.
Mit 40 skizzirten Abbildungen und 36 Tabellen.
Zweite bedeutend vermehrte Auflage. Gegen Einsendung von M. 1,25 in Briefmarken erfolgt sofortige Franco-zusendung.
Ferner erschien der in der zweiten Auflage neu eingefügte Text sammt Tabellen als aparte Ausgabe
(zur Ergänzung der ersten Auflage) und ist gegen Einsendung von 55 J franco zu beziehen.
Zahlreichen Bestellungen steht entgegen der Verlag von
Worlein & Comp., Nürnberg.
Mair-Marken
Liefert schnell und billig Jean Holze
Hamburg, Gr. Drehbahn 45.
Berlangen Sie Muster.
Empfehle den Kollegen mein vorzüglich gearbeitetes Formerwerkzeug. Vorzügliches Formerpinsel. Bestellungen über 5 M franco.
Fritz Schwenkenburger, Halle a. S., Kl. Ulrichstr. 86.
Buchhandlung des „Vorwärts“, Berlin S.-W. 2. Beuth-Strasse 2.
In unserem Verlag erschien:
Buch der Jugend.
Für die Kinder des Proletariats herausgegeben von Emma Adler.
15 Bogen gr. Sezikonformat.
In Prachtband gebunden. Preis 2 M.
Reise-Handbuch für wandernde Arbeiter.
Mit 3 Karten, geb. Mark 1.50. Durch J. Scherem, Nürnberg u. alle Buchhandl.